**Abonnementspreis**
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage
Nach der Arbeit einschl. Bringerlohn 60 Pf., bei Geschäftsstellung in den Ausgabestellen 50 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 5562) pro Vierteljahr M. 2,75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Monat.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1780.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

**Inserate**
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrmaliger Auftrag Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftsstunden von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1780.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 250. | Dresden, Dienstag den 28. Oktober 1902. | 13. Jahrg.

## Eine aussterbende Partei.

Aus Mailand schreibt uns unser P.-Korrespondent:

Vor kurzem haben die Republikaner in Pisa einen Kongreß abgehalten und nach den langen Vorbereitungen und der großen Mühe derer, die ihn ins Leben gerufen haben, hätte er einen besseren Erfolg verdient. Das Resultat war miserabel und mehr als das, wenn man ihn mit dem Kongreß der Sozialdemokraten vergleicht, der Anfang vorigen Monats in Imola abgehalten wurde.

Der Mißerfolg ist nicht der schwachen Vertretung der Partei am Kongreß zuzuschreiben, ebenso wenig den einförmigen und farblosen Reden, sondern der absoluten Gleichgültigkeit der Presse, das heißt der öffentlichen Meinung. Die meisten Zeitungen, auch die reichen und wichtigen, hatten keinen Berichterstatter nach Pisa geschickt. Wenn das Publikum überhaupt etwas von dem Kongreß erfahren hat, so ist es durch das Sekretariat der republikanischen Partei geschehen, das während dreier Tage allen periodischen demokratischen Zeitschriften unentgeltlich Depeschen mit dem Auszug der Reden zugeschickt hat. — Diese Thatsache ist der beste Beweis für den Verfall der republikanischen Partei in Italien. Wenn man den großartigen Erfolg in Erwägung zieht, den der Republikanismus Mazzinis in allen Teilen des Landes während einer Periode von 50 Jahren hatte; wenn man besonders bedenkt, was für eine ruhmreiche Erbschaft den jungen Leuten von einer Schar so tapferer Männer zugefallen ist, die ihre republikanischen Prinzipien während der denkwürdigen Freiheitskämpfe mutig verraten, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß ein tieferer Grund vorliegt, der mit dem guten Willen und den Tugenden der heutigen Republikaner nichts zu thun hat, der ihre Partei heimlich untergräbt und täglich ihre schon so kleine Schar vermindert.

Die Republikaner stellen das in Abrede. Sie behaupten sogar, zahlreicher zu sein, als früher. Das ist aber verlorene Mühe, oder besser gesagt, es ist ein bloßer Kniff. Alle, die die politischen italienischen Parteien in der Nähe beobachten, sehen wohl, daß der Sozialismus der heutigen republikanischen Partei die Lebenskraft entzieht, wie er auch schon der radikalen eine große Anzahl Rekruten entzogen hat. Nachdem der Sozialismus die Städte erobert hat, wo die Republikaner ehedem treue Wähler hatten, zieht er jetzt auch in die Landwahlkreise, verdrängt die Republikaner in der Romagna, in Toskana, Emilia und anderen Provinzen. Der Kongreß in Pisa ist eben aus dem Grunde berufen worden, um ein Mittel gegen diese gefährliche Konkurrenz zu finden. Verschiedene Redner haben es auch für nötig gefunden, einige giftige Pfeile gegen die angesehensten Männer der Sozialdemokratie abzuschießen. Der Abgeordnete Mirabelli hat zum Beispiel gesagt, daß man auf die Sozialisten wenig zählen könne, da sie nur Reaktionäre wie alle anderen seien. Der Direktor der Zeitung Italia del Popolo, des zentralen Organs der republikanischen Partei in Mailand, setzt hinzu, daß der größte Teil dieser Partei aus Sozialisten Ihrer Majestät bestehe, das heißt, aus monarchisch Gesinnten. Die sozialdemokratischen Zeitungen sind die Antwort nicht schuldig geblieben und haben den Herren Republikanern unter die Nase gerieben, daß sie nicht einmal ein Programm haben, das sie von den anderen demokratischen Parteien unterscheidet. Der Kongreß von Pisa hat gefordert, die Kriegsausgaben allmählich bis zur Entwaffnung zu vermindern und die Miliz, wie in der Schweiz, einzuführen. Auch das Referendum und andere kleinere Reformen, die schon das Programm der Sozialisten enthält, hat der Pisaer Kongreß empfohlen. Also, warum uns beleidigen, sagen die Sozialisten triumphierend, wenn wir der Nachahmung für würdig gehalten werden? Die wenigen Blätter, die es für nötig erachtet haben, sich mit dem Kongreß von Pisa zu beschäftigen, verfehlen nicht zu bemerken, daß die Republikaner, in der Hoffnung, Parteigenossen zu werden, die nicht kommen, die allgemeinen Linien des Programms der Sozialisten wiederholen, das Programm, in dem alle augenblicklich auszuführenden Reformen verzeichnet stehen. Und die Presse schließt daraus auf den Verfall der republikanischen Partei. Doch die Nachahmung beschränkte sich nicht allein auf die der Tagesordnung, die sofort an die Versammlungen der Sozialisten erinnert; die Republikaner ahmen auch die Methode der Propaganda der Sozialisten nach, und da der Erfolg nur in einem geringen Maße ihren Anstrengungen entspricht, so schelten sie auf die Sozialisten.

Die Republikaner sehen in diesem Rückgang das bedrohliche Symptom einer Entartung des Volkes. In Wahrheit ist er die unmittelbare Folge der gegenwärtigen politischen Zustände Italiens. Neue Ideale treten an die Stelle veralteter.

Wir haben gesagt, daß die republikanische Partei ehemals eine hervorragende Stellung in Italien inne hatte. Das war, als die Angelegenheiten, die das italienische Volk beschäftigen, wesentlich rein politischen Charakter besaßen. Das war in jenen Jahren, die nun schon fern sind, da ein einziges Ziel allen vorschwebte: die Befreiung des heimatlichen Bodens von fremder Herrschaft, die Unabhängigkeit. Den Feldschlachten folgten unblutige Kämpfe, die aber nicht minder heftig waren, gegen die reaktionären Parteien, die die neue Ordnung der Dinge wieder stürzen wollten. Damals war die republikanische Partei wahrhaft stark und war es mit Recht. Sie schlug ihre Wurzeln in jenen Volksschichten, die, nachdem sie an der politischen Auferstehung Italiens mitgewirkt hatten, einen Teil der politischen Macht beanspruchten und einen Teil der ökonomischen Vorteile, und da sie nichts erhielten, in die Opposition gedrängt wurden. Der wichtigste Punkt dabei ist, daß damals sowohl die machthabende, wie die republikanische Partei nicht aus der bürgerlichen Sphäre heraustraten.

Die Groß-Bourgeoisie und Bourgeoisie bildeten die Ordnungs- oder konservative Partei. Die Republikaner waren wenigstens zum größten Teile Kleinbürger. So gelangte man bis an das Jahr 1880. Mit der Ausdehnung des Wahlrechts, die im Jahre 1882 stattfand, begann ein neuer Zeitabschnitt in der politischen Thätigkeit des italienischen Volkes. Zu gleicher Zeit finden die ersten Kundgebungen des Proletariats in sozialistischem Sinne statt. Die wenigen Sozialisten, die sich bis dahin durch Lesen fremder Bücher und Zeitschriften bildeten, besonders deutscher, die sie in französischen Uebersetzungen erhielten, konnten keine Anhänger finden. Es fehlte noch die ökonomische Situation, die ihre Lehren verständlich machte. Das industrielle Proletariat der nördlichen Städte war noch gering an der Zahl und wenn es wählte, so stimmte es für die republikanischen Kandidaten, die die vorgeschrittenste und daher die populärste Partei vertraten. Was das Landvolk anbelangt; so galt es politisch gar nichts, es beschäftigte sich nicht mit Wahlen, zufrieden, blindlings dem Einflusse seiner Pfarrer zu gehorchen, die kein Interesse daran hatten, es zu belehren. Es ist bekannt, wie die Sozialisten allmählich lernten, diese gleichgültigen Massen in ein diszipliniertes Heer zu verwandeln. Wir wollen weder die heldenmütigen Anstrengungen anführen, welche von den ersten Propagandisten vollbracht wurden, noch darlegen, in welcher Weise sie Hindernisse besiegten, die man unüberwindlich glaubte. Alles das ist jetzt eine alte Geschichte. Aber das, was man im Auslande nicht weiß, ist der Abbruch, den die sozialistische Partei dadurch den ihr verwandten Parteien, wie man in Italien sagt, den ihr nahestehenden, was richtiger wäre, thut.

Es genügten wenige Jahre, um den Republikanern die Arbeiterklasse zu entreißen. Nachher, als die Umwälzungen in der Industrie und Landwirtschaft und der Untergang einer Anzahl bedeutender Banken und Sparkassen ihren natürlichen Rückschlag auch auf das Kleinbürgertum ausübten, es furchtbar schädigten und teilweise vernichteten, begann der intelligentere Teil des Kleinbürgertums sich auch dem Sozialismus zuzuwenden.

Nun bekamen die Republikaner einen deutlichen Begriff von der Gefahr, die ihnen drohte und von da an hörte ihre Polemik mit den Sozialisten nicht auf. Sie stand einige Zeit still, im Jahre 1898 als die Reaktion jene Ausschreitungen verübte, die noch lebhaft im Gedächtnis des italienischen Volkes sind. Aber nachher, kaum daß die Gefahr beseitigt war, begann die Polemik heftiger als früher, weil die vorsichtige und gleichzeitig temperamentvolle Taktik der Sozialisten während des großen Feldzuges den Republikanern abermals zahlreiche Anhänger abgewonnen hatte.

Und heute stehen die Sachen noch schlimmer. Sozialisten und Republikaner bekämpfen sich erbittert, die ersteren begnügen sich zu antworten, während die letzteren angreifen, in ihrer Wut bis zur Gemeinheit hinabsteigen und die Sozialisten mit den ärgsten Reaktionären vergleichen, wie das auf dem Kongresse in Pisa geschah. Die wenigen Männer, die den Republikanern treu blieben, nehmen wahr, daß die Partei im Absterben begriffen ist, getötet durch die sozialistische Partei, das heißt von einer Organisation, die sich die republikanische Idee ganz und gar aneignete, aber sie erweiterte und ausdehnte. Wenn die Republikaner sich jenes krämerischen Egoismus zu entledigen wüßten, der sie zum Widerstande treibt, so könnten sie zufrieden sein, so unterzugehen. Aber die große Opferwilligkeit früherer Zeiten ist verloren gegangen. Heute rufen die Politiker nicht mehr wie einst die Männer der großen französischen Revolution: „Was liegt daran, wenn ich verschwinde, wenn nur die Idee gerettet ist! . . ."

## Politische Uebersicht.

### Von der deutschen Justiz.

Der Prozeß, der die Verhältnisse auf Trakehnen enthüllte und mit einer Verurteilung endete, weil der Wahrheitsbeweis kein Wahrheitsbeweis war, ist nicht das einzige Ruhmesblatt, das die deutsche Justiz in diesen Tagen den Dokumenten ihrer Geschichte hinzugefügt hat. In der Nordecke des Reiches, wo der Kampf gegen die Dänen mit derselben Entschiedenheit geführt wird, wie gegen die Polen, ist vor einigen Tagen ein Urteil gefällt, das an Strenge nichts zu wünschen übrig läßt. Vom Flensburger Landgericht wurde der verantwortliche Redakteur Simonsen vom dänischen Flensborg Avis wegen Beleidigung Deutschnationaler zu neun Monaten Gefängnis ver-

## Es lebe die Kunst!

Roman von Klara Viebig.

(23. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

X.

Es war ein Winter ohne Schnee. Nicht einmal Weihnachtsschnee fiel. Mile meinte: „Ne, das is doch nich schön! Gar kein rechtes Weihnachten!" Und Elisabeth gab ihr recht. Sie dachte an ihre Kinderzeit. Da war sie neben dem Onkel in die Christmette gestapft, noch bei finsterer Nacht, aber der Schnee leuchtete hell und weiß; ihre Füße hatten Mühe gehabt, durchzudringen, doch unverzagt hob sie die kleinen Beine. Eine wundersame Fröhlichkeit saß ihr im Herzen, färbte ihre Wangen röter und ließ sie nicht müde werden. Glänzenden Auges, klopfenden Herzens blickte sie vorwärts; sie hörte das Glöckchen der kleinen Kirche, von ferne schon schauten die Fenster wie warmstrahlende Augen hinaus in den Weihnachtsmorgen. Still war's, wie in Andacht versunken; kein Kut, kein Hahnenschrei. Vom Kiefernwald her wehten Düfte; dem Kinde schienen sie köstlich wie Weihrauch und Myrrhen. So duftete der Wald nur ein einziges Mal im Jahr — er roch nach lauter Weihnachten. Leise knackte der Schnee unter den Tritten, leise fielen noch Flocken nieder; sie hüllten alles in ein Festtagsgewand. Sie sah einen funkelnden Stern am Himmel — war es der Stern von Bethlehem? Er leuchtete heller als seine Brüder; klar und groß stand er über den Hütten des Dorfes. Sie jauchzte und lief ihm entgegen in seliger, freudvoller Gewißheit.

„Kein Schnee!" seufzte Elisabeth; sie lag noch im Bett, stützte sich auf den Ellbogen und lugte durchs Fenster. Schwarz, triefend von Nässe lagen die Dächer da, eine dicke, graue Regenluft verhüllte den Himmel. Kein Weihnachtswetter. Und auch keine Weihnachtsstimmung.

Elisabeth streckte sich lang aus und verschränkte die Arme unter dem Kopf — wo sollte sie heute nicht alles hingehen?! Sie hätte sich zerteilen müssen.

Kissemachers bescherten um sechs. „Wir nehmen es Dir totübel, wenn Du nicht kommst!" hatte Frau Julie gesagt. „Aber pünktlich! Die Kinder bringen mich sonst um."

„Selbstverständlich bist Du bei uns, Liebchen!" Frau Leonore hielt es überhaupt anders für gar nicht möglich. „Wir haben Diner um sechs. Mach Dich recht hübsch, wir haben nette Leute da, sämtliche Junggesellen unserer Bekanntschaft."

Und Marie Ritter erwartete sie auch. Die hatte gestern so herzliche Zeilen geschrieben: „Sie sollen bei uns eine Heimat finden, liebe Elisabeth, am Weihnachtsabend wird das Herz groß und weit und verlangt nach Liebe."

Ja, das war's — eine Heimat! Elisabeths Augen blickten träumerisch. Sie mochte nicht aufstehen, es lag ihr schwer in den Gliedern; sie war müde, — „faul" schalt sie sich, hatte gar keine Lust, zu Kissemachers zu gehen, noch weniger zu Mannhardts. Eine wahre Angst ergriff sie, wenn sie daran dachte. Nur heute nicht, gerade heute nicht! Es klingelte draußen. Sie hatte sich ganz nach der Wand gedreht und den Kopf in die Kissen vergraben und wollte nicht sehen, nicht hören.

Eine Heimat, eine Heimat! Eine jähe Sehnsucht überkam sie, sie biß ins Kissen. Oh, wer eine Heimat hat, der sieht den Stern klarer am nächtlichen Himmel, zum Greifen nah. — Sie sann und sann. Tiefe Atemzüge hoben ihre Brust, als ob sie ruhig schlummerte, aber sie schlief nicht, sie träumte — —. Nächste Weihnachten?! Ihre Hände falteten sich unter der Decke. „Ich möchte eine Heimat haben!" flüsterte sie, „dann werde ich erst werden, was ich werden muß!" Sie schloß die Augen; allerhand Bilder kamen — — —

„Aber, Fräulein, n o c h nicht aufgestanden?" Mile stand vorm Bett und schlug die Hände zusammen. „Am heiligen Weihnachtsabendmorgen?! Zu Hause sind sie schon um viere 'rausgekrochen!"

„Ja, zu Hause!" Elisabeth drehte sich um und sah die alte Magd mit feuchtschimmernden Augen an.

„Aber bis halb zehne!" Mile sprach sehr vorwurfsvoll. „Nu is ebend der Herr Heider gekommen, er will Sie durchaus sprechen."

„Mich?!" Elisabeth richtete sich rasch auf. Ein plötzlicher Schreck durchfuhr sie und zugleich eine Freude. Was wollte er?! Schon war sie auf den Füßen. „Er soll warten, Mile, rasch, geh, sag ihm das."

Als sie den heißen Kopf ins Waschbecken tauchte, kam sie sich sehr lächerlich vor. Warum regte sie sich eigentlich auf! Ihre Hände flogen; eine plötzliche Weihnachtsstimmung war über sie gekommen, die ungeteilte Erwartung von etwas Gutem, Schönem, Freudig-überraschendem. Aus dem Spiegel sah ihr ein frisches, schönes Gesicht entgegen, betroffen sah sie's an — ja, das war ihr eigenes!

Ihr Herz klopfte; sie lief ins Nebenzimmer, eine Weihnachtsmelodie summte ihr im Kopf.

„Weihnachten!" sagte sie ironisch, als ihr Heider entgegentrat. „Guten Morgen!" Sie hielt ihm beide Hände hin.

Er drückte ihre Rechte und ließ sie dann rasch wieder fallen. War es nur die graue Morgenbeleuchtung, oder sah er wirklich so blaß aus? Er hatte Schatten unter den Augen. „Gekneipt!" sagte er leichthin auf ihren fragenden Blick. „Ebel und ich haben gestern abend lange zusammen gesessen."

„Ach!" Sie wurde rot, fühlte es und wurde noch röter.

„Ein riesig anständiger Kerl!" Er vermied ihren Blick und sprach hastig, ungeschickt, mit einer gewissen Geschwätzigkeit. „Man kann sich ganz auf ihn verlassen, er ist durch und durch wahr und ehrlich, vornehm von Gesinnung, bescheiden, ruhig, feinfühlig, er —"

„Sie preisen ihn ja an wie ein Ausrufer!" unterbrach sie ihn mit einem kleinen verlegenen Lachen.

Heiders Lippen zuckten. „Ich bin nur gerecht. Er —"

Was war denn nur? Was wollte er sagen? Warum stockte er? Ihr Herz klopfte. Er sollte doch weiter sprechen, sie hörte es gern. Aber er sagte nichts und sie wurde unsicher und beklommen.

Sie schwiegen beide; der Wintermorgen sah ins Zimmer, grau und trüb, ohne Glanz. Auch des Mädchens Gesicht sah bleich aus in dieser Beleuchtung; sie blickte den andern an mit großen, erwartungsvollen Augen.

Er räusperte sich, schluckte ein paarmal und sagte noch immer nichts.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021028/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

urteilt. Dabei ist ganz unerfindlich, wie überhaupt eine Beleidigung konstruiert werden soll. Der inkriminierte Artikel ist ein Bericht über ein Fest der Danzigerinnen und enthält die Bezeichnungen Ueberlauer, Machtanbeter, Speichelleckerei und Illusionen, lauter Worte, die nicht aus dieser Zeit gewesen.

Durch diese negative Behauptung, die nicht durch die fernste Andeutung des Artikels mit irgend jemandem in positiver Beziehung gebracht wird, fühlt sich das Komitee eines zu gleicher Zeit mit dem dänischen Feste stattfindenden deutschnationalen Festes beleidigt. Die tapferen Deutschnationalen gingen zum Staatsanwalt, der Staatsanwalt klagte und das Gericht verhängte neun Monate Gefängnis! Von Rechts wegen.

Wenn wir zu den Deutschnationalen gehörten, so würden wir die Bestrafung der deutschnationalen Demonstranten fordern wegen Beleidigung des Deutschtums, die sie dem zufügten, indem sie im politischen Kampfe Hilfe beim Staat suchten und vornehmlich, indem sie jene Worte des Flensburger Blatt auf sich, auf die Deutschnationalen bezogen. Aber der Geschmack ist verschieden.

Eine andere Affäre, die sich auch vor dem Flensburger Gericht zutrug, hat für den angeklagten Redakteur nicht so entsetzliche Folgen gehabt, ist aber als Beitrag zur Charakteristik der deutschen Justiz ebenso wichtig wie die erste. Der Redakteur des Apenrader Tageblattes Heimdal wurde angeklagt, weil er in seinem Blatte erzählt hatte, daß einem Apenrader Polizisten, der nach der Staatsumwälzung der Soldaten 2c. zu Ausweisungszwecken suchen mußte, von einem Einwohner gesagt worden sei, er habe einen Dänen im Hause. Auf die Aufforderung des Beamten brachte der Mann den Dänen herbei. Es war — sein schwarzer Kater Peter, der in Kolding das Licht der Welt erblickt hatte. Diese harmlose Anekdote, der Heimdal die Bemerkung des Peter hinzugefügt hatte, hatte der Lesern des Blattes, wie allerlei Zuschriften bewiesen, großen Spaß gemacht. Der Apenrader Polizist gab vor Gericht an, er habe sich nicht beleidigt gefühlt, aber auf die Aufforderung der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt. Und die Flensburger Richter verstanden keinen Spaß und erkannten auf — 300 M. Geldstrafe!

Ob die Dänen sich nun bessern?

## Die Zukunft unserer Handelspolitik.

Die Agrarier klagen, daß die Zeit mangele, den Zolltarif durchzuberaten, und geben dadurch schon ihre geheimsten Herzenswünsche kund, sich bei passender Gelegenheit auf die Regierungsvorlage zurückziehen zu können; das Zentrum ist jeden Tag zum Umfall bereit, wie erst am Montag wieder Herr Spahn deutlich ausgesprochen hat. Aber es geht nicht, nicht beim besten Willen nicht, denn die Linke würde offenen Volksverrat treiben, wenn sie sich auf ein Durchreitschen der Vorlage einlassen und damit der Vereinigung auf der „mittleren Linie" Tür und Tor öffnen würde.

Daher wird der Regierung, wie auch unsere Fraktionsredner wiederholt betont haben, kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Handelsverträge ungekündigt weiter bestehen zu lassen. Diesen Gedanken kleidet ein englisches Blatt, die Morning Post (Morgenpost), nach der Mitteilung des Scherlschen Tags in folgende Form: Die deutsche Regierung habe den interessierten Mächten in einer Note mitgeteilt, daß sie die zum Ablauf der Handelsverträge per 31. Dezember 1903 nötige zwölfmonatliche Kündigung nicht aussprechen werde. Die Note schlage vor, die Handelsverträge von Jahr zu Jahr automatisch weiterlaufen zu lassen, bis sie gekündigt würden. Oesterreich und Rußland hätten darauf bereits erwidert. Rußland erkläre, die Annahme des deutschen Vorschlags, die Verträge automatisch weiterlaufen zu lassen, würde die schädlichsten Folgen haben, da er die bestehende kommerzielle Unsicherheit auf unbestimmte Zeit verlängern würde. Es schlage daher eine formelle Verlängerung des russisch-deutschen Vertrags auf fünf Jahre vor. Die russische Note schließe mit der Mitteilung, falls Deutschland den russischen Vorschlag nicht annehme, würde die russische Regierung den Vertrag wahrscheinlich am nächsten 31. Dezember aufkündigen müssen. Oesterreichs Antwort sei in ähnlicher Form gehalten; sie weise auf die Gefahren der Verzögerung hin und dringe auf Erneuerung des Vertrages auf eine Reihe von Jahren, enthalte sich jedoch der von Rußland in Aussicht gestellten Drohung mit eventueller Kündigung der bestehenden Verträge.

Das Scherlblatt, das auf gute Beziehungen zu Blondin-Bülow hofft, schreibt dazu: „Die deutsche Regierung hat, wie wir auf Grund zuverlässiger Informationen versichern können, keine Note des von der Morning Post angegebenen Inhalts nach Wien oder Petersburg gerichtet. Daraus folgt von selbst, daß sie auch von dort keine zustimmende oder ablehnende Antwort erhalten haben kann. Eine andere Frage ist es, ob nicht die eine oder andere der beteiligten Regierungen an Deutschland mit Vorschlägen für die weitere Behandlung der wirtschaftspolitischen Fragen herangetreten ist. Das wurde natürlich der Angelegenheit ein anderes Gesicht geben." Die letzten Sätze enthalten eine halbe Bejahung der aufgeworfenen Frage. Unter diesen Umständen wäre aber die Weiterberatung des Tarifentwurfs eine ganz nutzlose Tändelei, der man je eher je besser ein Ende machen sollte.

Ein Mitarbeiter des B. T. hat ein Gespräch über die gegenwärtige handelspolitische und parlamentarische Lage mit einem „im Mittelpunkte der Ereignisse stehenden Staatsmanne" gehabt. Danach erwartet die Regierung immer noch die Zustimmung aller Zollwunderer auf der „mittleren Linie", auf die „ungefähren (!) Sätze der Regierungsvorlage". Den Agrariern konnten unmöglich alle Wünsche befriedigt werden, weit eher stehe zu erwarten, „daß die verbündeten Regierungen bereit sein würden, auch noch auf diejenigen Mindestzölle, die sich heute in der Vorlage befinden, zu verzichten". Eine Erhöhung der Agrarzölle werde die Regierung unter allen Umständen durchzusetzen suchen. Nach dieser agrarischen Beteuerung hat der Staatsmann dann den Agrariern etwas die Leviten gelesen und dann die Frage erörtert, wie es mit der Fortdauer der jetzigen Handelsverträge stehe. „Die Handelsverträge laufen nicht etwa, wie man vielfach irrig annimmt, stillschweigend auf ein Jahr weiter, sondern können vom 1. Januar 1903 ab von jedem Kontrahenten jeden Tag zum entsprechenden Tage des nächsten Jahres gekündigt werden. Das ist ein Zustand der Unsicherheit, den die schamte, auf stabile Verhältnisse angewiesene Industrie und weite Teile des Handels auf die Dauer einfach nicht ertragen können." Außerdem könne der eine oder andere fremde Staat durch allerhand Umstände zur Kündigung des Handelsvertrags mit uns gedrängt werden; falle aber erst einmal ein Stück der Handelsvertragspolitik, dann komme sofort das ganze Gebäude ins Wanken. Auf alle Fälle sei ein neues Vertragsschema für neue Verhandlung technisch notwendig; die Regierungsvorlage biete ein solches brauchbares Schema. Wie die Sachen lagen, habe die freihandlerische Linke des Parlaments nur zwischen zwei Uebeln zu wählen: „Der freihandlerischen Richtung erscheinen Handelsverträge mit erhöhten Agrarzöllen unhaltbar. Aber sie hat voraussichtlich nur darüber zu entscheiden, ob wir überhaupt in Zukunft Handelsverträge beziehungsweise stabile Zustände im Außenhandel, wenn auch bei höheren Getreidezöllen, haben oder aber unser Vaterland der Gefahr aussetzen wollen, daß wir in einen vertragslosen Zustand oder in Zollkriege geraten, für die wir uns schließlich die dann notwendigen Waffen erst nach Eröffnung des Kampfes schmieden müßten."

Das ist das wichtigste aus dem Gespräche des Grafen Bülow mit Herrn Pachnicke (denn das werden wohl die beiden Akteure bei dieser Besprechung gewesen sein). Dem Wadlstrumpfler schwillt sofort das Herz in zuversichtlicher Hoffnungsfreudigkeit dabei: „die Regierung besinnt sich wieder auf die liberale Linke!" Man denke! Aber er kann sich doch nicht verhehlen, daß die Zugeständnisse noch nicht vollständig genug sind: die Getreide- und Viehzölle dürfen nicht nur nicht gebunden, sondern auch nicht erhöht werden. Da eine Verständigung im jetzigen Reichstage unmöglich ist, müßte die Entscheidung dem neuzuwählenden vorbehalten bleiben.

Wir brauchen uns auf eine ausführliche Diskussion über dieses Gespräch und die daraus gezogenen freisinnigen Schlußfolgerungen nicht einzulassen: für uns steht fest, daß die Regierungsvorlage nicht angenommen wird, und die Regierung hat sich mit dieser Thatsache bereits vertraut gemacht: sie will anscheinend nur noch das neue Tarifschema retten. Das weitere wird sich finden.

## Deutsches Reich.

**Berlin**, 28. Oktober. Der Reichstag war am Montag so schlecht wie möglich besucht. Matt und langsam schleppten sich die Verhandlungen hin; die Debatte zeitigte kaum ein bemerkenswerte Moment. Der freisinnige Redner Dr. Müller-Sagan polemisierte gegen die Zollerhöhung, aber gegen Bebels glänzende Rede fielen seine Ausführungen ab. Herr Dr. Spahn vom Zentrum gehört neben dem Konservativen Rettich zu den wenigen Leuten, die noch heute an ein Zustandekommen des Tarifs glauben; daher denn auch die zaghafte und für einen Umfall die Hinterpforte offen lassende Art und Weise, wie er sich für die Bindung der Viehzölle aussprach; daher die wehmütig klingende Entschuldigung wegen des Rettichschen Schlußantrags, den Herr Spahn als ein unschuldiges Mißverständnis hinzustellen sich bemühte. Der nationalliberale hamburgische Rechtsanwalt Semler, Abgeordneter eines ostfriesischen Wahlkreises, suchte vergebens die Richtigkeit der Bebelschen Ausführungen zu widerlegen, die er noch dann, wie nachher Bebel in einer persönlichen Bemerkung hervorhob, in den entscheidenden Punkten mißverstanden hat. Herr Semler ist natürlich für die Regierungsvorlage und die berühmte, seinem Parteigeschmack natürlich sehr zusagende „mittlere Linie". Eine „konzentrierte Säure des Bündlertums" war nach Pachnickes nicht üblem Ausdrucke — die Rede des Konservativen v. Oldenburg-Januschau, der sich natürlich mit voller Lungenkraft für Mindestzölle möglichst in der Höhe der Wangenheimschen Sätze ereiferte. Zu Herrn v. Oldenburg hat der Bündlersprecher persönliches Zutrauen; in die Regierung im allgemeinen schon weniger; die Mindestzölle sind nach ihm ein Mißtrauensvotum gegen den Geist des „Caprivismus". Dr. Pachnicke von der freisinnigen Vereinigung sprach ganz geschickt gegen die Politik der Agrarier; treffend waren seine Schlußausführungen über die wenig bruderliche Art und Weise, mit der die Herren Großagrarier bestrebt den Kleinbesitz in Sachen Gutsbezirke, Kreisausschüsse, Landwirtschaftskammern usw. zu behandeln pflegen. Abg. Dr. Becker vom Zentrum sang das nach Text und Melodie ebenso bekannte wie abgeleierte Lied von seiner Mißvergnügten, die — nach ihrer eigenen Behauptung — alle Klassen, alle Stände, alle Berufe mit gleicher Christenliebe umfaßt. — Am Dienstag wird weiter über die Rindviehzölle verhandelt werden; wieder hat man ohne Rücksicht auf die Stenographenkommission den Anfang der Sitzung schon auf 12 Uhr anberaumt.

— Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung vom 22. Oktober, die die vom Bundesrat erlassenen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Roßhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien, sowie Bürsten- und Pinselmachereien enthält. Die Vorschriften treten am 1. Januar 1903 in Kraft.

— Nicht nur im württembergischen Landtag sitzen volksparteiliche Agrarier. Auch der Reichstag hat jetzt in der Partei Eugen Richters einen Mann aufzuweisen, der nicht nur Kommissionszöllner, sondern gleich Ueberzöllner ist. Für den Heimschen Antrag, den Minimalzoll für Gerste auf 6 Mark zu bemessen, hat nämlich auch der freisinnige Volksparteiler Ritter, Vertreter des 7. Wahlkreises Merseburg munter gestimmt. Nachdem Herr Ritter übrigens sein Heimsches Gerstenherz bekannt, scheint man ihn in Partei- und Fraktionsangelegenheiten zu haben, wenigstens hat er bei den folgenden Abstimmungen unentschuldigt gefehlt. Man betrachte nach diesem Vorkommnis, warum der freisinnige Führer eine parlamentarische Taktik in der Zollfrage einschlägt, die lediglich darauf hinauslaufen kann, den Tarif durch Annahme aus der Welt zu schaffen.

— **Prinzen-Karriere.** Der Kronprinz wird nach Vollendung seiner Studien in Bonn längere Zeit aktiven Dienst bei der Kavallerie thun und zum Rittmeister und Chef der Leib-Eskadron des Regiments der Gardes du Corps ernannt werden. Hierauf wird der Kronprinz bei der königlichen Regierung in Potsdam durch den Ober-Präsidenten Dr. v. Bethmann-Hollweg in den Verwaltungsdienst eingeführt werden und alsdann als Major und als Bataillonskommandeur beim 1. Garde-Regiment z. F. Dienst thun.

**Die Reichsfinanzen.** Nach den jetzt vorliegenden Ausweisen über einen großen Teil der Reichseinnahmen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres hat die Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern in diesem Zeitraum 6 Millionen Mark weniger betragen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; dabei hat die neu eingeführte Schaumweinsteuer 2½ Millionen Mark abgeworfen. Noch ungünstiger stellt sich die Finanzlage, wenn die bezeichneten Einnahmen mit den Etatsansätzen verglichen werden. Die Hälfte des Etatsanteils für Zölle und Verbrauchssteuern beliefe sich auf 400,3 Millionen Mark. Danach sind die Einnahmen hinter dem Etatsanteil um 36 Millionen Mark zurückgeblieben.

**Herr Heim und Herr Hahn.** Herr Dr. Hahn, der Ehrenbündler, hat noch mit keinem Worte gegen Heims, von anderen erfundene Behauptung protestiert, er habe den süddeutschen Agrardemagogen schriftlich zur Agitation gegen die „gräßliche Flotte" aufgefordert. Herr Dr. Dieterich Hahn fürchtet eben die „Papierchris" des unangenehm rücksichtslosen Bauerndoktors, er kann nicht laugnen, selbst wenn er wollte.

**Die Willkür der Polizei.** Die lammfrommen nationalliberalen Münchner Neuesten Nachrichten melden:

Ein junger Münchner Schlosser, der zeitweise [illegible] bei seinem Bruder arbeitet, um seinen Unterhalt zu verdienen, [illegible] früh von Pasing, wo er übernachtet hatte, nach München, um sich um 8 Uhr in einer Maschinenfabrik vorzustellen. Dieser Weg wurde ihm aber vereitelt, da ihn ein Gendarm, der seinen Angaben keinen Glauben schenkte, verhaftete und später mit dem Bescheid, in dem viele Bekannte des Verhafteten mitfuhren, entließ.

---

„Nun —?" Sie fragte er fast ungeduldig. „Warum kamen Sie denn her?"

„Ach so —" er fuhr sich über die Stirn — „ich habe Vater — haha — aber was für einen! Das graue Elend. Sie haben Mutter Maria noch nicht geantwortet, sie will gern wissen, ob Sie kommen?"

„Ach so. Ja, ich weiß wirklich nicht, was ich thun soll!" Sie stampfte ärgerlich mit dem Fuß. „Ich soll zu Mistemachers und zu Mannhardts kommen, beide rechnen auf mich, und ich" — sie strich sich rasch mit beiden Händen über's Gesicht — „ich habe so gar keine Lust dazu. Aber ich kann nicht anders, ich darf sie nicht beleidigen!"

„Kommen Sie zu mir!" sagte er dringlich, aber ohne jede Freudigkeit. „Ebel kommt auch!"

Da war's heraus! Das — sie fühlte es deutlich — das war's, worauf sie gewartet hatte. Der farblos graue Tag erschien ihr auf einmal nicht mehr so kalt belauscht. Ja, Ebel würde sich freuen, sie zu sehen! Sie sah sein hübsches Gesicht mit den treuen Augen vor sich. Er lächelte; er lächelte immer, wenn er sie ansah. Sein Lächeln hatte so etwas Liebenswürdiges, Gutes, herzgewinnende Freundlichkeit glitt dabei über sein ganzes Gesicht; selbst das Braun der Augen schien einen goldenen Freudenschimmer auszustrahlen. „Ich komme!" sagte sie rasch. Und dann reichte sie Heider die Hand. „Ich bin ja auch bei Ihnen am liebsten!"

Er sah sie scharf an. „Ich hoffe, das Fest wird nur Sie ein glückliches werden! Glücklich, wie die ganze Zukunft!"

„Und das sagen Sie so trübselig? Pfui, Sie Bär!" Sie lachte übermütig, plötzlich froh geworden. „Heut ist Weihnachten!" Sie faßte ihn am Aermel und schüttelte ihn leicht. „Heut muß jeder ein frohes Gesicht machen! Was haben Sie denn nur?"

„Ich —" er schluckte. „Erdmann macht mir Sorge, er ist krank!" sagte er kummervoll, „er hustet und fiebert. Ich habe vor ein paar Tagen den Arzt kommen lassen, der zuckte die Achseln: viel gesagt hat er nicht."

„Oh, oh!" Ihre Stimme klang bedauernd, aber, Heider hörte es wohl, ihr Herz war nicht recht dabei; sie war so ganz von ihren eigenen Ideen befangen. „Was fehlt ihm denn?"

„Der Erfolg."

Sie lachte. „Der ist freilich schon, das weiß ich — — und wenn er nicht kommt" — — sie kann nach, ein besonderer Ausdruck kam in ihr offenes Gesicht, halb Mitleid, halb Unglaubhaftigkeit. Mit einem leichten Seufzer sagte sie: „Armer Erdmann!"

Er sprach nicht weiter mit ihr darüber, sondern empfahl sich bald. Er war heut anders als sonst, stiller, gedrückt; Mie hörte seine lustige Stimme nicht in der Küche, er machte heut keinen seiner Späße. An der Thür hielt er Elisabeths Hand für ein paar Augenblicke in der seinen und sah in ihr Gesicht, seine Augen saugten sich daran fest, er öffnete den Mund und schloß ihn wieder. Er wurde rot und blaß und schien etwas Besonderes auf dem Herzen zu haben, doch sagte er nur: „Donnerwetter — Erdmann! Ich muß nach Hause!"

Elisabeth war von einer unheimlichen Geschäftigkeit. Sie lief hin und her, ihr Wesen hatte etwas Aufgeregtes. Für die anderen hatte sie längst kleine Gaben, aber nun mußte sie doch für Ebel auch etwas haben. Sie ging in ein paar Läden. Der Regen strömte, sie patschte durch, stand still und studierte die Schaufenster. Aber da war nichts, gar nichts, was sie ihm hatte schenken mögen. Es war ihr alles nicht gut genug, sie wollte ihm doch eine wirkliche Freude machen. Ihr Herz war heut weit offen, die ganze kindische Weihnachtsfröhlichkeit stand in der Thür.

Sie kam noch Hause ohne Geschenk; sie hatte nichts gefunden. Immer noch überlegend, sprang sie die vier Treppen hinauf. Oben trat ihr Mie in höchster Erregung entgegen.

„So was! So was! Kommen Sie 'rein, Fräulein!"

Da brannte eine Lampe, viel zu kostbar für die bescheidene Umgebung. Ein schöner Genius trug die Vase, ein seidener Schirm hing wie ein rosiger Himmel darüber, und auf dem rosafarbenen Schirm goldene Sternchen, und über dem Scheitel des Genius ein großer, zitternder, funkelnder Stern, in dem sich das Lampenlicht in schimmernden Strahlen und Reflexen brach. Ein entzückendes Kunstwerk.

„Der Stern des Ruhms
und tausend andere Lichter im Leben!"

schrieb Leonore Mannhardt.

„Geliebtes kleines Genie! Mögest Du beim Schein dieser bescheidenen Arbeitslampe Großes schaffen! Wir alle begleiten Deinen Flug mit Bewunderung und Freude! Auf Wiedersehen heut abend!

Immer Deine Leonore."

Elisabeth stand betroffen; nichts von Freude war in ihrem Gesicht zu sehen. Sie hatte Mannhardts vergessen gehabt!

Und Mistemachers?!

Halt, war das nicht Frau Mistemachers Stimme? Richtig, sie sprach draußen mit Mie, und nun stürzte sie herein.

„Nur einen Augenblick, Elisabethchen! Mein Mann sagt, er hat so was Kostbares hier heraufgetragen sehen. Der Diener von Mannhardts ist ihm auf der Treppe begegnet. Nein, sind die nobel! Da können wir freilich mit unserm Federhalter nicht konkurrieren, wenn er auch echt vergoldet ist. Aber die Liebe giebt ja dem Geschenk den Hauptwert; da können wir's auch schon aufnehmen. Wirklich prachtvoll!" — sie unterzog die Lampe einer eingehenden Musterung — „echt Bronze! Hm!" Sie war schon wieder an der Thür. „Sie kommen recht pünktlich! Sechs! Und um Abendbrot bleibst Du doch natürlich da?"

„Das kann ich nicht!" sprach Elisabeth verlegen. „Ich komme um sechs und sehe bei Euch den Baum brennen, ja? Aber dann, aber dann — sei nicht böse!" Sie faßte Frau Julie um die Taille. „Ich möchte heut abend wo anders hingehen!"

„Wo anders —?" Frau Mistemacher war zuerst sprachlos, dann quoll ihre Zunge mit unheimlicher Schnelligkeit. „Natürlich zu Mannhardts, die werden uns ja immer vorgezogen. Freilich, so großartige Diners geben wir nicht, wir sind keine Protzen, aber wir haben wirkliche Freundschaft für Dich, und es ist sehr unrecht von Dir, uns so hintenan zu stellen und —" Sie schnappte nach Luft und fing an zu weinen.

(Fortsetzung folgt.)

nach der Polizeidirektion München transportierte. Das Ansuchen, ihm die Fesseln abzunehmen, da er auch so mitgehe, wurde abgelehnt. Auf der Polizeidirektion wurden seine Angaben geprüft und, da weiter nichts vorlag, wurde er entlassen. Als er dann mittags in die Fabrik kam, wo er Arbeit finden sollte, war es zu spät. Der Vater des Verhafteten ging auf die Polizeidirektion und erkundigte sich, was sein Sohn angestellt habe, daß man ihn wie einen Schwerverbrecher fesselte; es wurde ihm die Antwort: „Ihr Sohn hat keine ständige Arbeit!"

Die Fälle derartiger Polizeiwillkür mehren sich in grauenerregender Weise. Ein Bismarck sagte einmal: um sich vor Polizeiwillkür zu schützen, thue man gut, einen kleinen Mordmord zu begehen; Raubmörder bleiben nämlich in der Regel unbehelligt von der Polizei, die ja mit der willkürlichen Verhaftung ehrlicher Staatsbürger, der bekannten „Vorführung" anständiger Frauen und der Fesselung etwa zu transportierender Redakteure alle Hände voll zu thun hat.

**Zur Fesselung des Redakteurs Hoffmann** in Kattowitz. Redakteur Hoffmann, der an dem Gornoslazyk verantwortlich zeichnete, verbüßte in Kattowitz eine Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des Lehrerstandes. Vier Tage, bevor er diese Strafe abgesessen, wurde ein neuer Termin gegen ihn wegen Beleidigung der Beuthener Polizei angesetzt. Zu diesem Termin ist Hoffmann mit einem Untersuchungsgefangenen, der dann wegen Sittlichkeitsverbrechens zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, zusammengeschlossen vom Bahnhof Beuthen bis zu dem dortigen Gerichtsgebäude durch die Straßen der Stadt geführt worden. Das Oberschles. Tagebl. berichtet noch: Als Hoffmann den Beamten darauf aufmerksam machte, daß er nur wegen Preßvergehens verurteilt sei und nur noch wenige Tage abzusitzen habe, daher ein Fluchtverdacht ausgeschlossen sei, meinte der Beamte, es würde Hoffmann noch öfter passieren, daß er gefesselt werden müsse.

Dazu ist allerdings die beste Aussicht vorhanden, wenn den Ausschreitungen der unteren Beamten durch die oberen Stellen nicht energischer vorgebeugt wird, als bisher!

Selbst Ordnungsblätter, wie die Deutsche Tageszeitung und die Tägl. Rundschau, protestieren übrigens gegen solche Behandlung eines wegen politischen Vergehens Verurteilten. Das Agrarierorgan schreibt: Unseres Erachtens sollte man doch **mit allem Nachdrucke darauf dringen, daß derartige Dinge in Zukunft unterbleiben.** Sie müssen in allen Schichten der Bevölkerung, auch in den ruhigsten und staatstreuesten, sehr böses Blut machen. Es wird hohe Zeit, daß die Beamten mit aller Schärfe veranlaßt werden, durch so ungerechtfertigte und häßliche Maßnahmen die öffentliche Meinung nicht immer wieder zu erregen.

Und die Tägl. Rundschau sagt: „Wir haben unsere Meinung über diese von Schutzleuten und Gendarmen exekutierte Politik der Nadelstiche schon neulich ausgesprochen. Sie verhetzt und verbittert nur und nutzt niemandem. Höchstens denen, denen sie nach der Ansicht dieser wackeren Hüter staatlicher Ordnung schaden sollte."

**Eine staatsanwaltschaftliche Beschlagnahme bei der Polizei** ist jedenfalls nichts Alltägliches. In Eisenach aber hat sich dieses überraschende Faktum ereignet. Dort begaben sich beide Staatsanwälte in die Bureaus des Polizeiamtes wie des Gemeindevorstandes und belegten Akten mit Beschlag, die sich auf die Ausübung der Sittenpolizei beziehen. Das Einschreiten der Staatsanwaltschaft ist indes nicht, wie Optimisten annehmen könnten, dem Verdacht entsprungen, daß bei der Verfügung der sittenpolizeilichen Kontrolle Mißbrauch getrieben worden sei. Im Gegenteil. Die Voss. Ztg., der wir die Meldung entnehmen, schreibt: Der Vorfall dürfte darauf zurückzuführen sein, daß innerhalb der Bürgerschaft in letzter Zeit vielfach Klagen über die nachsichtige Behandlung der Prostituierten durch die Polizei laut geworden sind.

**Das Geheimnis der Carnegieschen Rede.** Die Rede des großen Weltreformators bei der Rektoratsfeier der St. Andrews-Universität liegt jetzt als Broschüre gedruckt vor. Wolffs Bureau bemerkt dazu: Carnegie hat die Rede vorgelesen und dabei auch die in der vor einigen Tagen veröffentlichten Depesche auf den Kaiser Wilhelm Bezug nehmenden Stellen nach Verlesung von Zuhörern wiedergegeben.

**Die internationale Tuberkulose-Konferenz** ist am Sonntag nachmittag geschlossen worden. Aus den Vorträgen heben wir die für die Allgemeinheit verständlichsten und wichtigsten hervor. Am Donnerstag besprach Dr. van Ryn (Brüssel) die Anzeigepflicht bei Tuberkulose. Sie sollte in allen Ländern bestehen, denn um die Ansteckungsherde wirksam zerstören zu können, muß man vor allem über ihren Sitz unterrichtet sein. Eventuelle Einwürfe sind durch Hinweis auf das große allgemeine Interesse zu widerlegen. Man muß sich jedoch vor schroffem Vorgehen hüten, um aus der Maßregel weder ein Schreckmittel, noch eine unnötige Plage zu machen. Deshalb ist schrittweises Vorgehen erforderlich. Erstes Erforderniß ist die Organisation einer genauen Statistik der Sterbefälle infolge Tuberkulose in denjenigen Ländern, wo eine solche Statistik noch nicht existiert. Einen Beweis für die günstigen Erfolge der Anzeigepflicht und der darauf beruhenden prophylaktischen Maßnahmen bieten die Vereinigten Staaten, besonders New-York, wo die Tuberkulosesterblichkeit in einem Jahre sich um 30 Proz. vermindert hat.

Der Antrag des Vorsitzenden, zur weiteren Klärung der Frage zunächst ein internationales Komitee einzusetzen und weiter mit speziellen Vorschlägen an die verschiedenen Regierungen heranzutreten, wurde angenommen.

Dem Bericht von Geheimrat Prof. Flügge (Breslau) über Maßregeln gegen die Verbreitung der Schwindsucht in Arbeitssälen, Bureaus usw. ist zu entnehmen: Untersuchungen von Staub, der 1 bis 1½ Meter über dem Fußboden auf Möbeln, Wandvorsprüngen usw. abgelagert war, ergaben in Räumen, worin zahlreiche Menschen und unter diesen auch Schwindsüchtige beisammen waren, sehr selten einen Gehalt an infektionsfähigen Tuberkelbacillen. Durch das Verbot, auf den Fußboden zu spucken und das Ansammeln des Auswurfs in Spucknäpfen werden daher diejenigen Verhältnisse nicht berührt, durch welche vorzugsweise Tuberkelbacillen in Form trockenen Staubes in die Einathmungsluft gelangen. Es muß vielmehr auch darauf gedacht werden, daß Phthisiker ihre Taschentücher häufig wechseln. Aus meinen empfiehlt sich die Verwendung verbrennbarer Papiertaschentücher. Außerdem ist auf Reinhaltung der Kleidung hinzuweisen. Die zweite, oft erhebliche Ursache des Gehalts der einzuatmenden Luft an schwebenden Tuberkelbacillen ist die Verstreuung ausgeschleuderter Tröpfchen. Heftiges Husten des Phthisikers mit offenem Munde ist daher möglichst zu vermeiden, wie sich der Kranke weiterhin unbedingt beim Husten von anderen Menschen um mindestens Armeslänge fernhalten und den Kopf abwenden muß.

Ueber Krankheitsverhütungs-Vorschriften in Arbeitsstätten sprach Dr. Freund-Berlin, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Berlin. Er empfiehlt zur wirksamen Durchführung des von den Trägern der Invalidenversicherung im Wege der vorbeugenden Krankenfürsorge eingeleiteten Kampfes gegen die Tuberkulose, den Landesversicherungsanstalten, analog der bereits gesetzlich eingeführten Institution der „Unfallverhütungs-Vorschriften", im Wege der Gesetzgebung die Befugnis zum Erlaß von „Krankheitsverhütungsvorschriften" zu erteilen. Die volle Wirkung wird die Institution der „Krankheitsverhütungs-Vorschrift" erst dann erlangen, wenn die jetzt bestehende Trennung in der Organisation der Kranken- und Invalidenversicherung beseitigt und der Invalidenversicherung auch die Durchführung der Krankenversicherung übertragen ist.

Am Freitag besichtigten die Teilnehmer an der Konferenz die Heilstätten in Pelzig und Beelitz. Am Sonnabend versammelten sie sich von neuem zur Sitzung im Abgeordnetenhause. Zunächst sprach Dr. Andvord-Christiania über die Tuberkulose im Kindesalter. Thatsächlich, führte er aus, tragen 80 Prozent der Kranken die tuberkulöse Krankheit von Kindheit an mit sich herum; deshalb müssen vor allen Dingen die Kinder gegen die bazillöse Ansteckung geschützt werden. Ebenso wichtig ist das Ziel, die Entwickelung einer eventuellen Disposition zu hindern. Hieraus ergeben sich für die Schulhygiene in Zukunft eine Reihe der wichtigsten Aufgaben.

Nach einer Reihe weiterer Vorträge lenkte Dr. Beger-Berlin die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Erholungsstätten, die eine dankenswerte Ergänzung der Lungenheilstätten bilden; sie sind wegen der geringen Kosten, die ihre Errichtung verursacht, etwa 10 000 M., neben den teuren Heilstätten, die gerade deshalb in ihrer Aufnahmefähigkeit auf geringe Zahlen beschränkt sind, ein sehr wesentlicher Faktor. v. Leyden-Würzburg sprach über Tuberkulose-Spitäler und -Stationen. Sehr warm trat er dafür ein, daß gerade auch bei den Erkrankten zweiten und dritten Grades, die als aussichtslos in die Heilstätte keine Aufnahme finden, eine heilstättenähnliche Behandlung Platz greifen müsse. Schon das bloße Vorhandensein einer Sanatorium, sei es auch als integrierender Bestandteil eines Krankenhaus angegliedert, behandelt zu werden, wirkt wohlthätig auf den Kranken ein, wodurch allein schon mancher Erfolg sich erzielen lasse. Als General Schaper, Oberarzt der Charité, vor allen Jahren diese Krankenhaus-Sanatorien, resp. Isolierbaracken und Pavillons für die Lungenkranken vorschlug, fand er starken Widerspruch; diesmal konnte er über schöne Erfolge auf diesem Gebiete berichten.

In der Nachmittagssitzung sprach der Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Köhler über den Stand der Frage der Uebertragbarkeit der Rindertuberkulose auf den Menschen. Nach seiner Ansicht ist die Zeit noch nicht gekommen, abschließend zu der Frage, die seit Kochs bekanntem Vortrag im Vordergrund des Interesses stehe, Stellung zu nehmen. Der Redner kommt zu dem Ergebnis, weder die Gleichheit noch die Verschiedenheit der Rinder- und der Menschentuberkulose, noch endlich die Uebertragbarkeit der Rindertuberkulose auf den Menschen sei bisher abschließend bewiesen oder widerlegt worden. Als Schutzmittel werde es neben den behördlichen Maßregeln sich empfehlen, weiter nur abgekochte Milch zu trinken, weil die Milch sich auch für die Erreger anderer Krankheiten als günstiger Nährboden erwiesen habe.

In der Diskussion nahm Robert Koch das Wort. Er führte an der Hand all des vorliegenden Materials nachzuweisen, daß die Infektionen mittels verdächtigen Fleisches und verdächtiger Milch noch keineswegs einwandsfrei erwiesen seien. Wollte man die Uebertragbarkeit der Tuberkulose durch die Milch aufrecht erhalten, dann müßte man auch die Milchprodukte, Butter und Käse, heranziehen, die weit häufiger Erkrankungen hervorrufen müßten. Die Perlsucht sei überhaupt nicht auf Menschen übertragbar. Fälle dieser Art kämen doch nur sehr selten vor. Redner erachtet es als eine dankbare Aufgabe des Zentralbureaus, dahin zu wirken, daß besseres Beobachtungsmaterial gesammelt werde. Der größte Wert sei darauf zu legen, daß man auch diejenigen Fälle aufzähle, bei denen die Infektion ausgeblieben ist. Die schädliche Wirkung verdächtiger Milch wie ihrer Produkte sei ebenso wie in Bezug auf Fleisch noch nicht erwiesen. Es sei richtiger, wenn die großen Mittel, um die es sich in veterinärer und landwirtschaftlicher Hinsicht handelt, nicht für Dinge, die noch nicht bewiesen sind, aufgewendet würden. Die wichtigste, eigentlich einzige Quelle der Verbreitung der Krankheit sind die lungenkranken Menschen, die in ungeeigneten Räumen wohnen und arbeiten. Hier müsse die vorbeugende Hilfe in erster Linie eingreifen.

In der Schlußsitzung am Sonntag gab Minister-Direktor Dr. Studt seiner Freude über den Verlauf der Konferenz und dem Wunsche Ausdruck, daß sie beitragen möge, die wissenschaftliche Erkenntnis zu klären und sie zum Gemeingute aller zu machen. Was zur Weiterführung der gegebenen Anregungen und zur Durchführung der Konferenzbeschlüsse geschehen könne, werde Gegenstand sorgfältiger Erwägung auch der Regierung sein. — Worte, denen leider der Wucherzoll widerspricht!

**Der Qual ein Ende machen!** Eine Parlamentskorrespondenz schreibt: Zwischen den freisinnigen Parteien und der Sozialdemokratie ist verabredet worden, daß nach der Abstimmung über die Viehzölle der Antrag auf Aussetzung der Zolltarifberatung gestellt wird. Zur Abstimmung über die Viehzölle dürfte es am Mittwoch kommen. Der Antrag wird gestellt, weil die Linke eine Weiterberatung für nutzlos hält, so lange die Differenzen zwischen Regierung und Mehrheitsparteien bestehen. Sehr zweifelhaft ist, ob der Antrag bei der Mehrheit Anklang finden wird. Bis jetzt liegt nicht das geringste Anzeichen dafür vor, daß die Mehrheitsparteien dem Antrag zustimmen werden.

**Kleine politische Nachrichten.** Der Reichstagsabgeordnete Justizrat Rintelen ist, der Germania zufolge, wegen seines Schwächezustandes noch nicht in der Lage, an den parlamentarischen Verhandlungen teilzunehmen. — Der Zustand des an den Folgen eines Schlaganfalles daniederliegenden Abg. Rickert soll sich etwas gebessert haben.

## Oesterreich-Ungarn.

**Die antisemitischen Verleumder.** Bei der letzten Landtagswahl in Favoriten, die Genossen Adler in den Landtag brachte, hatte bekanntlich die Lueger'sche Schmutzpresse behauptet, unter den Agitatorinnen der Sozialdemokratie seien Prostituierte gewesen. Die Wiener Arbeiterzeitung nannte daraufhin den Redakteur der deutschen Zeitung öffentlich einen „Zeitungsstreich", einen „ehrlosen Schuft" und einen „niederträchtigen Lumpen", mit der ausgesprochenen Absicht, den Ehrenmann zur Anstrengung einer Ehrenbeleidigungsklage zu zwingen. — Der Redakteur Schäffer klagte auch — es zeigte sich, daß der Urheber der Verleumdung der Bürgermeister Lueger war und dann, als es zum Klappen kommen sollte, zog der Herr Schäffer seine Klage zurück.

**Sozialistenverfolgung in Kroatien.** Aus Agram wird vom 27. Oktober gemeldet: In aller Frühe wurden bei einer großen Anzahl Sozialisten polizeiliche Haussuchungen vorgenommen; man fahndete nach einem verbotenen Anarchistenblatt.

## Frankreich.

**Die Grubenbesitzer** scheinen die Beilegung des Streiks durch Winkelzüge verzögern zu wollen. Der Präsident des Komitees der Grubenbesitzer, Taton, hat am Sonntag in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Combes erklärt, das Komitee habe nicht die Berechtigung, im Namen der Kohlenwerksgesellschaften vorzugehen. Diesen stehe es vielmehr zu, einzeln ihre Ansichten über die Forderungen ihrer Arbeiter bekannt zu geben. Der Ministerpräsident wird die Unterhandlungen fortsetzen und sich, wie man glaubt, an die Direktoren der Gesellschaften wenden.

Ueber den Streik wird vom Montag den 27. Oktober aus Lille berichtet: Die Lage ist unverändert. In St. Etienne fand gestern eine Versammlung statt, in der mehrere Redner die Arbeiter zum Widerstande aufforderten. Der Delegierte von Monceau des Mines erklärte, daß die Mittellosigkeit der dortigen Arbeiter diese verhindert hatte, sich dem Ausstande anzuschließen. In Valenciennes erfolgte zwischen Ausständigen und Arbeitswilligen ein Zusammenstoß, bei dem zwei Personen verletzt wurden. Der Gemeinderat von Valenciennes lehnte eine Forderung auf Unterstützung der streikenden Arbeiter in Höhe von 2000 Franken ab.

Den letzten aus dem Streikgebiet in Paris eingelaufenen Meldungen zufolge steht die Beilegung des Ausstandes durch Vermittelung der Regierung in sicherer Aussicht.

## Italien.

**Ein Bombenattentat.** Aus Livorno wird vom 27. Oktober gemeldet:

„In der Nähe des geistlichen Seminars explodierte eine von unbekannten Thätern geworfene Dynamitbombe. Ein Kind wurde getötet, ein anderes tödlich verletzt. Das Attentat scheint ein gegen das Seminar gerichtetes Bubenstück zu sein.

Eine spätere Meldung hat: Drei Kinder fanden auf dem Domplatz nahe beim bischöflichen Palais einen Gegenstand, der, während sie ihn betrachteten, mit furchtbarem Krachen explodierte. Ein Knabe wurde mit aufgerissenem Unterleib fortgeschleudert, die beiden anderen wurden gleichfalls schwer verletzt. Stücke der Bombe richteten am Kirchenportal und den umliegenden Gebäuden furchtbare Verwüstungen an, durchschlugen die Mauern und Häuser, so daß überall Menschen aus den Gebäuden auf die Straße flohen. Ein Mann will kurz vor der Explosion eine feingekleidete Dame an der Unglücksstätte gesehen haben, die fluchtähnlich davonlief. Der Bischof von Livorno war wegen seiner antimonarchischen Haltung unbeliebt und häufig Gegenstand feindseliger Demonstrationen.

## England.

**Die Iren-Debatte**, die die Iren lange vergeblich forderten, hat nun endlich im Unterhause stattgefunden. Am Montag fand sich die nötige Unterstützung für den Antrag, außer den Iren stimmten mehrere Liberale, darunter Campbell Bannerman und Harcourt dafür. In der Abend-Sitzung sprach sodann der Ire O'Brien die Verhängung der Zwangsgesetze über Irland.

Er beschuldigt die irische Exekutive, daß sie die Interessen der Grundbesitzer vertrete und die Pächter zu unterdrücken versuche. Die irische Liga habe das Verbrechen aus Irland verbannt. Es liege keine Berechtigung für die Zwangsakte vor. Der Schatzsekretär für Irland, Wyndham, führte hierauf verschiedene Fälle von Einschüchterung und Boykottierung durch die irische Liga an und erklärte, die Regierung sei entschlossen, Boykott und Einschüchterung zu unterdrücken. Redner sei der Meinung, daß die Lösung der Landfrage näher sei denn je. Campbell Bannerman fragt, was die Regierung durch die Inkraftsetzung der Zwangsakte zu gewinnen hoffe. Ein Antrag O'Briens wird schließlich mit 215 gegen 121 Stimmen abgelehnt.

## Serbien.

**Die Thronfolge.** Wie dem Berl. Tagebl. aus Wien gemeldet wird, arbeiten Draga und ihr Alexander eifrig daran, dem Leuanaw Lunjewitza, einem Bruder der Draga, die Thronfolge in Serbien zu sichern. Oesterreich gedenke sich in diese Angelegenheit nicht einzumischen. „Gedenke" ist gut gesagt, denn die Einmischung wird ungewollt zur zwingenden Notwendigkeit werden, wenn in Serbien, wie zu erwarten ist, eines Tages ein Bürgerkrieg um die Besetzung des wackelnden Thrones ausbricht.

## Nord-Amerika.

**Die Vorbereitung des Schiedsspruchs im Bergarbeiterstreik.** Die Schiedskommission ist am Montag unter dem Vorsitz des Richters Gray in Washington zusammengetreten. Gray erklärte, die Bergleute sollten als Kläger angesehen werden und ihre Forderungen vorbringen. Die Gegenpartei solle innerhalb dreier Tage ihre Antwort einreichen. Beide Parteien begaben sich in die Kohlendistrikte, um dort ein Bild der Sachlage zu gewinnen. Die nächste Sitzung der Kommission findet Donnerstag in Scranton statt.

# Parteiangelegenheiten.

**Die Angriffe auf den Verein Arbeiterpresse werden in der** Leipz. Volksztg. fortgesetzt — wir können aber nicht finden, daß sie bestimmter wären, als der erste. Die Erklärung des Genossen Thiele, des 1. Vorsitzenden des Vereins, daß Genosse Lipinski in einer Vorstandssitzung den Antrag stellte, die Tatsachen des Falles Wittich festzustellen, wird zum Anlaß eines peinlichen Verfahrens genommen. Der Vorstand des Vereins, so fordert jetzt die Leipz. Volksztg., soll endlich bestimmt und unzweideutig erklären, „ob er irgend welche Disziplinar- oder Jurisdiktionsbefugnisse über die Parteipresse beanspruche". Hochtrabend wird hinzugesetzt: „Nach allem Vorhergegangenen haben wir ein Recht auf die Beantwortung dieser Frage, die zudem ein allgemeines Parteiinteresse berührt und von uns in dieser oder jener Form so lange wiederholt werden wird, bis sie mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet worden ist."

Wir vermögen wahrhaftig nicht einzusehen, welches Recht die Leipz. Volksztg. zu dieser Frage hat. Das Recht, Ermittelungen und Erhebungen über die Verhältnisse in der Parteipresse anzustellen, wird der Verein Arbeiterpresse doch wohl haben. Oder glaubt die Leipz. Volksztg., daß die Parteipresse solche Erhebungen zu scheuen hat? Wer glauben, daß das im großen und ganzen sicher nicht der Fall ist.

Damit soll natürlich eine einseitige Ermittelung, wie sie der Wittichverdächtige zu Grunde liegt, nicht etwa verteidigt werden. Solch' einseitig gesammeltes Material würde der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse natürlich nicht als vollständige Klarstellung der Sache zur Kenntnis genommen haben.

Wir sind nicht unterrichtet darüber, ob der Vorstand des Vereins sich die Aufgabe gestellt hat, Ermittelungen über die Verhältnisse an der Parteipresse im allgemeinen und im besonderen anzustellen. Wir hätten nichts dagegen einzuwenden und vermögen nicht einzusehen, weshalb der Verein auf Material verzichten sollte, das er zur Begründung seiner Forderungen verwenden kann. Eine geheime Feme, vor der die Leipz. Volksztg. soviel Furcht zu haben vorgiebt, würde daraus nicht erstehen. Der Verein besteht aus organisierten Parteigenossen und seine Handlungen unterliegen der Kontrolle der Partei. Bei ruhiger und vernünftiger Beurteilung kann auch niemand davon reden, daß der Verein durch derartige Maßnahmen „irgend welche Disziplinar- oder Jurisdiktionsbefugnisse über die Parteipresse beanspruche". Soll etwa in der Partei nur der eine Meinung über gewisse Parteiangelegenheiten haben, der dazu durch ein Amt berufen ist? Das wäre eine nette bureaukratische Einschnürung der Meinungsfreiheit.

Doch abgesehen von dem allem. Die Leipziger Volksztg. hat so lange kein Recht zu Beschwerden oder zu pathetischen Fragen, als sie dem Verein nicht einen Mißbrauch des Materials nachweisen kann, das er durch etwaige Ermittelungen gewonnen hat. Unter dem Verein Arbeiterpresse werden in dem Artikel der L. V. auch das Volksblatt für Halle und der Genosse Eisner „abgethan". Das Volksblatt hatte einen längeren Artikel über die ganze Affäre gebracht, in der die Kampfesweise der L. V. im Falle Wittich dargelegt und kritisiert und gegen die Hereinziehung des Vereins Arbeiterpresse in die Sache protestiert wurde. Die L. V. nennt den Artikel „eine einzig schäbige Entstellung des wirklichen Sachverhalts" und bringt dabei die kleine Verdrehung an, daß das Volksblatt die Kampfesweise des Leipziger Agitationskomitees und der L. V. dreimal schäbig nenne. „In Wirklichkeit ist das Wort schäbig nur auf die L. V. bezogen.

Dem Genossen Eisner hat die Leipz. Volksztg. eine längere Erklärung als tatsächliche Berichtigung nicht aufgenommen, sie nimmt nur soweit davon Notiz, „als sie berichtigt oder wenigstens thatsächlich ist."

Genosse Eisner erklärt die ganze Darstellung, die die Leipz. Volkszeitung in ihrem Artikel über den Verein Arbeiterpresse von einer Debatte auf der letzten Generalversammlung dieses Vereins gegeben hat, „für unwahr und für um so leichtfertiger, als ein Redakteur der Leipziger Volksztg. in der Versammlung zugegen war, dessen sicheres und scharfes Gedächtnis leicht im stande gewesen wäre, die Behauptungen der Erregtheit zu korrigieren".

Die Leipz. Volksztg. giebt zu, daß einer ihrer Redakteure zugegen war, weiß aber „mit diesen allgemeinen Bannflüchen wieder nichts anzufangen." „Will Genosse Eisner", fährt sie dann fort, „das, was wir ihm in drei Zeilen haben sagen lassen, nicht gesagt haben, so genügen drei Worte, um es positiv zu bestreiten. In diesem Fall soll seinem Erinnerungsvermögen durch nähere Einzelheiten „aus sicherem und scharfem Gedächtnis" nachgeholfen werden."

Zum Schlusse wird dem Genossen Eisner, der in der Erklärung nach Konstatierung der Thatsache, daß ein Redakteur der Leipz. Volksztg. auf der Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse zugegen war, gesagt haben soll, für ihn wurde der Vorwurf „unkollegialer Treulosigkeit" kränkend sein, der Vorwurf gemacht, daß er, anstatt in direkter Anschuldigung „in der niedern Maskerade unfaßbarer Anfeindungen" sage, daß Genosse Mehring sich einer „unkollegialen Treulosigkeit" schuldig gemacht habe.

Die Leipziger Volkszeitung hätte ihm im ersteren Falle sofort zugegeben, „daß er von seinem Standpunkt durchaus recht hat". Und das wird dann zu folgendem pompösen Schlußeffekt verwertet:

„Genosse Mehring hat niederholt gezeigt — so in diesen Tagen genau vor zehn Jahren, bei dem Krach innerhalb der Freien Volksbühne in Berlin — daß ihm die prinzipielle Parteileidenschaft, die ihn mit den klassenbewußten Arbeitern verbindet, turmhoch über jener partikularen Parteikollegialität steht, die allzu leicht als Deckmantel für den gewerbsmäßigen Dunkel einer beliebigen Unterstützungsgruppe mißbraucht werden kann."

**Wir sind überwältigt von solch antiker Größe!**

# Sächsische Angelegenheiten.

**Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Kellner** ist gestern gestorben. Die nationalliberale Fraktion des Landtags verliert in Kellner ihren Vorsitzenden. Der Verstorbene vertrat den 28. städtischen Wahlkreis (Plauen-Pausa Wahlkreis) und gehörte dem Landtage seit 1891 an. Er war der Nachfolger des alten Kirbach, jenes entschiedenen und ehrlichen Fortschrittlers, der im Landtage mehrfach gemeinsam mit den Sozialdemokraten für den Fortschritt gestochten hat, so u. a. auch für die Aufhebung des Schulgeldes und die Aenderung der Gesindeordnung. Der Wahlkreis ging — und das ist bezeichnend für den Niedergang des sächsischen Bürgertums — ohne Kampf in nationalliberale Hände über. Als Kirbach müde geworden war, wurde statt des entschiedenen Fortschrittlers der nationalliberale Kellner aufgestellt. Freilich, auch Kellner gebärdete sich damals vor den Wählern radikal. Er redete viel vom Geiste des Liberalismus und wies jeden reaktionären Gedanken weit von sich. Einige Jahre später sah man den nationalliberalen Herrn Arm in Arm mit den Mehnert, Opitz und Konsorten als Helfer beim Wahlrechtsraub. Von den Freisinnigen des Kreises ist Kellner damals an sein Versprechen, gegen jede Verschlechterung stimmen zu wollen, nachdrücklich erinnert und sogar zur Niederlegung seines Mandats aufgefordert worden. Er zeigte sich aber als ein wackriger Vertreter der Fraktion Drehscheibe: im Landtage gab er zu das Versprechen, nie am Wahlrecht zu rütteln, abgegeben zu haben, meinte aber — und das ist äußerst bezeichnend für den nationalliberalen Herrn —, er stehe nicht auf dem starrköpfigen Standpunkte, unter allen Umständen gemäß der Zusage zu handeln. Das gegebene Wort zu halten, war Kellners Ausdruck nach Starrköpfigkeit, Wortbruch nationalliberale Taktik — fürwahr, ein echter Nationalliberaler!

Kellner war bei alledem kritisch veranlagt und in der letzten Zeit hat er der Regierung besonders in Eisenbahnfragen scharf auf die Finger gesehen; er hatte bei aller reaktionären Gesinnung eine ziemlich starke Abneigung gegen die Agrarier und ihr Treiben im Landtage. Als die Vermögenssteuervorlage im letzten Landtage infolge des Einflusses der Rittergutsbesitzer in der Ersten Kammer in agrarischem Interesse umgemodelt und der Grundbesitz von der neuen Steuer befreit wurde, erließ Kellner im Auftrage der nationalliberalen Fraktion als ihr Vorsitzender, eine ziemlich entschiedene Erklärung gegen die Begünstigung des Großgrundbesitzes. Eine verdienstvolle Arbeit war sein sehr ausführlicher und mit kritischer Schärfe bearbeiteter Bericht über das Eisenbahnwesen in Sachsen. Ziemlich rücksichtslos sind darin die Schäden der sächsischen Eisenbahnverwaltung dargelegt, die Bevorzugung der hohen Beamten, deren große Zahl im Verhältnis zu Preußen, die daraus resultierende teure Verwaltung — das und manches andere ist in dem Berichte mit einer Schärfe dargestellt, die man sonst bei Nationalliberalen vergeblich sucht. Kellner war es auch, der die Manipulationen und Schiebungen aufdeckte, die die Generaldirektion der Staatsbahn unternommen hatte, um die großen Kosten zu verschleiern, die der Umbau und die Einrichtung des Baues der Dienstwohnung des Generaldirektors verursacht hatte. Kellners jüngster Thätigkeit im Landtage kann somit eine gewisse Anerkennung nicht versagt werden. Man darf indes dabei nicht vergessen, daß es weniger der Nationalliberale als der gegen die agrarische Interessenpolitik rebellierende Großindustrielle war, der scharfe und treffende Worte der Kritik fand, obwohl er eigentlich kein Redner war.

**Einen Tritt von den Ordnungsparteien** hat Leberecht Hartwig im 29. Reichstagswahlkreise erhalten. Aus Marienberg **wird gemeldet:** In Sachen der nächsten Reichstagswahl fand am Sonntag eine Versammlung der Vertrauensmänner der Ordnungsparteien des 29. Reichstagswahlkreises statt, die gut besucht war. Nach längerer eingehender Besprechung wurde einstimmig beschlossen, den Landtagsabgeordneten Herrn Fabrikbesitzer Kluge in Deutschneudorf als Kandidaten für den nächsten Reichstag aufzustellen.

Herr Kluge wird sich ja vergeblich bemühen, uns scheint der Herr sehr wenig zum Reichstagskandidaten geeignet zu sein. Im Landtage erregten seine Reden nicht selten ungewollt Heiterkeit. Die Hauptsache an diesem Vorgange aber ist die Absage an Hartwig. Ein solcher Tritt schmerzt. Die Vertrauensmänner der Ordnungsparteien haben sich wohl gesagt, daß nach der bekannten Entscheidung des Ministeriums gegen Hartwig der antisemitische Herr nicht mehr als Reichstagskandidat in Frage kommen kann.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

**Der Streik der Lederarbeiter in Brandenburg a. H.** ist am 24. Oktober durch einen Vergleich zwischen den Parteien unter Anwesenheit der beiderseitigen Verbandsvorsitzenden beendet worden.

**Das gesetzwidrige Vorgehen der Hamburger Polizei gegen Streikende** ist wieder in einem Falle durch Gerichtsurteil festgestellt worden. Die Strafkammer sprach den Bauarbeiter K., der, weil er Streikposten gestanden und der rechts- und gesetzwidrigen Aufforderung eines Schutzmanns, fortzugehen, nicht Folge geleistet, verhaftet und dann wegen Uebertretung der Straßenordnung angeklagt worden war, als Berufungsinstanz nicht nur kostenlos frei, sondern trotzdem der Staatskasse den Ersatz der dem Angeklagten durch das Verfahren gegen ihn erwachsenen persönlichen Auslagen auf, Kosten der Verteidigung auf.

## Soziales.

**Eine Niederlage nach der anderen** holt sich der streitbare Genossenschaftsanwalt und Sozialistentreter Dr. Crüger. Aus Anlaß der Verurteilung der Konsumvereine in Gremmach hatte der Direktor des Unterverbandes Thüringen einen außerordentlichen Verbandstag der Thüringer Konsumvereine einberufen. Auch Herr Crüger war erschienen und hatte eine Vorbesprechung seiner Getreuen arrangiert, die aber durch die Anwesenheit der „anderen Richtung" in ihrer Wirkung beeinträchtigt wurde. Auf dem Verbandstage wurde denn auch nach einer lebhaften Debatte, in der dem Herrn Winterstandforeter gründlich die Wahrheit gesagt worden war, der Austritt aus dem allgemeinen Verbande mit 36 gegen 6 Stimmen beschlossen.

## Neues aus aller Welt.

**Ueber 800 Menschen ertrunken.** Der englische Dampfer Seang-Long ist während seiner Fahrt unweit Swatow untergegangen. Die ganze Besatzung, sowie die an Bord befindlichen 800 Kulis sind ertrunken.

**Eisenbahnunfall.** In Schladming (Obersteiermark) stieß ein von Salzburg kommender Personenzug auf einen Güterzug; zwei Schaffner wurden schwer, mehrere Reisende leichter verletzt.

**Funklingen,** vier Knaben und einem Mädchen, gab dieser Tage die Frau des Bergmanns Jan Michalik in Kolonie Tuczno bei Beuthen in Oberschlesien das Leben. Mutter und Kinder erfreuen sich des besten Wohlbefindens.

**Eine Ueberschwemmung auf Sizilien.** Aus Catania wird vom 25. Oktober gemeldet. Infolge heftiger Regengüsse sind die Flüsse angeschwollen. Der Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Catania—Syrakus ist teilweise unterbrochen. Die Felder sind überschwemmt und haben Schaden genommen, namentlich in der Gegend von Vicoca. In einigen Bahnwärterhäusern befinden sich die Familien infolge des heftigen Wasserandrangs in ernstlicher Gefahr. Das Schicksal der längs der überfluteten Strecke beschäftigten Tammarbeiter ist nicht bekannt. Ein Hilfszug mit Feuerwehr und Rettungsmannschaften ist an die Unglücksstätten abgegangen. Die Eisenbahnstrecke Catania—Syrakus wurde bei Vicoca in der Länge von einem Kilometer weggerissen. Die Vertreter der Behörden und die Soldaten, die sich zu den Unglücksstätten begaben, mußten dort Barken benutzen. Die Gewässer, die eine Höhe von fünf Metern erreichen, überschwemmen das Land in einer Strecke von acht Kilometern. Die Landbewohner flüchteten sich auf die Dächer der Häuser und verlangten durch Abgabe von Schüssen Hilfe. In den anderen Gebieten der Provinz rissen die aus den Ufern getretenen Flüsse Mauern weg und zerstörten die Weinberge.

**Vulkanausbrüche und Erdbeben.** Wegen Aschenregens mußte die Stadt Quezaltenango in der mittelamerikanischen Republik Guatemala geräumt werden. Die Einwohner flüchteten nach Totonicapan. Ein Ausbruch des Vulkans Santa Maria und anderer Berge wird gemeldet. Leichte Erdstöße und unterirdische Detonationen ähnlich dem Donner von Schnellfeuergeschützen sind seit 1 Uhr in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wahrgenommen worden. Die Hauptstadt ist bisher nicht gefährdet.

Am Sonntag abend wurde zu Cattaro (Dalmatien) ein starkes, fünf Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt in der Richtung nach Südosten.

## Briefkasten.

**M. S., Heidenau.** Wir wissen auch nichts Näheres. Die einzelnen Offerten werden verschlossen an den Auftraggeber abgegeben.

**A. H., Schandauer Str.** Sie müssen Ihre Forderung sofort beim Konkursverwalter anmelden. Lohn gehört zu den bevorrechtigten Forderungen.

**M. Sch., Gras Zschachwitz.** Darüber lassen die uns bekannten Urteile so verschieden, daß es hier auf einen Versuch ankommen. Jedenfalls können Sie aber den Akkordlohn als Maßstab für die geleistete Arbeit verlangen. Es kommt auch viel auf die Gewohnheit an.

**Schriftführer der Hilfsarbeiterversammlung.** Es ist Ihnen porto bezahlen müssen. Bitten in Zukunft richtig zu frankieren.

## Letzte Telegramme.

**Altenburg,** 28. Oktober. Auf dem Braunkohlenwerk Fürst Bismarck bei Meuselwitz wurden drei Bergleute von herabstürzenden Kohlen verschüttet und getötet.

**Thorn,** 28. Oktober. Bei Otlotschin hat ein Kampf zwischen Grenzwache und einer aus 6 Personen bestehenden Schmugglerbande stattgefunden. Auf beiden Seiten wurde scharf geschossen. Ein russischer Wachtmeister ist durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt worden. Die Schmuggler kamen ihren Waren halben von Schoten in die Hände.

**Lemberg,** 28. Oktober. In den Erzgruben von Boryslaw wurde aus noch unerklärte Weise ein Brand aus, der bedeutenden Schaden anrichtete und zwei Personen das Leben kostete.

**Brüssel,** 28. Oktober. Aus Ypres meldet Fin de Siècle: Ausständigen beabsichtigen, die Brücken über die Lys bei Warneton in die Luft zu sprengen, um die Kohlenförderung nach Frankreich zu hindern. Die gesamte Gendarmerie ging sofort dahin ab, ein Bataillon Infanterie wird marschbereit gehalten.

**Messina,** 28. Oktober. Das fortdauernde Regenwetter macht immer größeren Schaden an. In der Meerenge herrscht ein wilder Sturm, daß die Dampfer nicht anlegen können. Mehrere Personenzüge sind ausstehend.

## Dresdner Theater.

Mittwoch den 29. Oktober.

**Opernhaus.** (Altstadt.) Tosca. Musikdrama in drei Akten von B. Sardou. L. Illica und G. Giacosa. Deutsch von Max Kalbeck. Musik von Giacomo Puccini. Anfang ½8 Uhr.

**Schauspielhaus.** (Neustadt.) Flachsmann als Erzieher. Lustspiel in drei Aufzügen von Otto Ernst. Anfang ½8 Uhr.

**Residenz-Theater.** Alt Heidelberg. Schauspiel in fünf Akten von Meyer-Forster. Anfang ½8 Uhr.


**Victoria-Salon.**

Täglich ½8 Uhr: **Grosse**

**internationale Variété-Vorstellung.**

Sonntags ½3 Uhr (**kleine Pr.**) u. ½8 Uhr (gew. Pr.)

Im Tunnel von 7 (Sonntags v. 5 Uhr) an: **Frei-Konzert.**

**Central-Theater.**

**Variété.**

**Täglich Vorstellung.**

Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.

Sonn- und Feiertags **2 Vorstellungen:**

Nachmittags (halbe Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang ½4 Uhr.

Abends ½8 Uhr gewöhnliche Preise.


**Quittung.** Für die ausgesperrten Schuhmacher nochmals die Streikkontrolle überwiesen: Von Brauern und Hirschbrau aus Oberlander 5. Rate 9,85 M.

**Wetterbericht** nach der Wettersäule an der Augustusbrücke vom 28. Oktober, mittags 12 Uhr.

Barometer: 754. Veränderlich.
Thermometer: +9° C.
Thermometrograph: Min. +4, Maxim. +8.
Hygrometer: 87%.
Wasserstand der Elbe: — 138 cm.

Donnerstag den 30. Oktober, abends 9 Uhr

# Volks-Versammlung

**Trianon,** Schützenplatz.

Tages-Ordnung:

**Die volksverwüstende Thätigkeit der Konservativen und Antisemiten.**

Referent: Reichstagsabg. **Dr. Georg Gradnauer.**

**Zutritt und Redefreiheit für jedermann.**

Massenhaften Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Die Herren Konservativen und Antisemiten sind zu dieser Versammlung besonders willkommen und wird ihnen volle Redefreiheit garantiert.

**Turnverein „Freie Turner", Löbtau.**

Freitag den 31. Oktober (Reformationsfest)

**Großer Familien-Abend**

bestehend in **Konzert, humoristischen Vorträgen, turnerischen Aufführungen** und **Ball**

im Saale der Gambrinus-Brauerei, Löbtauer Straße.

Beginn nachm. **6** Uhr. — Ende **3** Uhr.

**Die humoristischen Vorträge** werden von **Geschwister Grosser** ausgeführt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Turnrat.**

**Tabakarbeiter!**

Mittwoch den 29. Oktober, abends punkt 8½ Uhr

**Oeffentliche Versammlung**

im **Restaurant Mickel,** Schönbrunnstraße.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Vertrauensmannes. 2. Debatte und Stellungnahme zur Urabstimmung im Verband deutscher Tabakarbeiter. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

**Der Einberufer.**


**Kaffee**

**vorzügliche Mischung,** à Pfund **80** Pf.

**Perl-Kaffee**

**Spezialität,** rein u. kräftig schmeckend, à Pfd. **100** Pf.

**Kaffee-Mischungen**

fachmännisch zusammengestellt

à Pfund M. **1.20, 1.60, 1.80** und **2.00.**

**Haushalt-Chocoladen**

**garantiert rein,** zum Kochen und Rohessen

à Pfund **80** und **100** Pf.

**Cacaos** und **Thees** in allen Preislagen

empfehlen

**Gerling & Rockstroh.**

Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen.

**Eigene Fabrik!**


**Dresdner Volkshaus.**

Mittwoch den 29. Oktober 1902

**Grosser Gänse-Schmaus.**

Von früh 10 Uhr an:

**Große Portion mit vogtländischem Kloß oder Kartoffeln**

**30 Pf.**

Zahlreichen Zuspruch erwartet **Die Kommission.**


**Ausverkauf.**

Strickwesten, Barchentkemden, Unterhosen, Socken, Taschentücher, Schürzen zu enorm billigen Preisen.

**E. Köhler. Am See 11.**

**Bruno Gottschalt**

**Schneider**

**Markgrafenstr. 32. III.**

hält sich Genossen und Freunden bestens empfohlen.

**Anfertigung eleg. Herren-Garderobe.**

Anzüge von 55 M., Paletots von 40 M. an.

Reparaturen prompt und billig.

**Strickwesten**

**Barchent-Hemden**

**Unterhosen**

sowie **alle Unterzeuge** für Erwachsene und Kinder in großer Auswahl solid und billig.

28 **Ernst Venus**

**Annenstr. 28.**

**Wegen Aufgabe des Geschäfts** neu. Herren- u. Damengarderobe, Ueberzieher, Jackets usw. billig Am See 33, 1. Etage.

**Sommer-, Herbst- u. Winter-Ueberzieher** verkauft Köhler. Erdmannstr. 1.

**Wasche mit Luhns**

**Alberts-Bad**

**Grünestr. 28** (nächst Wettiner) empf. **Wannen- und medicin. Bäder.** Täglich geöffnet von früh bis abends. **Wannenbäder** von ... Pf. an.

**Gesucht sofort** 20 ... welche den Betrieb ... Weihnachts-Artikel ... nehmen. Hoher Verd. ... **Herm. Wolf,** Zwickau Sa., ...

**Z.-C.**

**Mittwoch, abends 7 Uhr**

**Sitzung.**



Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

# Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 250. Dresden, Dienstag den 28. Oktober 1902. 13. Jahrgang.


## Reichstag.

201. Sitzung. Montag den 27. Oktober 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf v. Posadowsky, v. Podbielski.

**Die zweite Beratung des Zolltarifgesetzes** (Mindestzölle für Rindvieh) und der betr. Position des Zolltarifs (102) wird fortgesetzt.

Hierzu liegen eine Reihe neuer Anträge der Abgg. **Albrecht und Genossen** (Soz.) vor:

1. im Abs. 2 des § 1 des Tarifgesetzes den Mindestzoll für Rindvieh zu streichen.

2. in Position 102 (Rindvieh) statt „18 M. für 1 Doppelzentner Lebendgewicht" in beiden „Ziff." und die von uns bereits gestellten Anmerkungen zu streichen.

Anmerkung 2 lautet: „Für Bewohner des Grenzbezirks dürfen nach näherer Bestimmung des Bundesrats Jagdhunde im Alter von 2½ bis 5 Jahren zum Zolltarife von 30 M. pro Stück eingeführt werden, sofern sie zum eigenen Wirtschaftsbetriebe nachweislich notwendig sind."

Im Falle der Ablehnung des obigen Prinzipalantrages auf Zollfreiheit beantragen die Abgg. **Albrecht** und Gen. eventuell:

1. Die Worte „nach näherer Bestimmung des Bundesrats" zu ersetzen durch die Worte „unter den vom Bundesrat vorzuschreibenden besonderen Kontrollen".

2. Statt „30 Mark" zu setzen „20 Mark".

Abg. Dr. **Müller** (Sagan, freis. Volksp.): Die Worte des Kollegen Bebel über die Nützlichkeit der Tierärzte kann ich nur vollkommen unterschreiben. Zu zahlreichen Zuschriften, die mir von Kreistierärzten zugegangen sind, wird über diese Nützlichkeit und die schlimme Lage der Tierärzte geklagt. Zweifellos Tierärzte stünden sich am besten, die es verstanden, beide Augen zuzudrücken. Wenn ein wirksamer Kampf gegen die Viehseuchen geführt werden soll, müssen die beamteten Tierärzte wirtschaftlich unabhängig gestellt werden von denjenigen, deren Betriebe sie zu überwachen haben. — Herr v. Podbielski behauptete, daß die Grenzsperren lediglich aus sanitären Gründen nicht aufgehoben wurden. Bis jetzt ist aber noch kein Fall nachgewiesen, wo durch die Einführung der Amerikanerschweine im Zustande eine Erkrankung hervorgerufen worden wäre. Wenn das der Fall ist, so kann doch die Gefahr der Verseuchung nicht so groß sein. (Sehr richtig! links.) Weshalb gelt man übrigens nicht ebenso scharf wie gegen die Schweineseuche auch gegen die Jagdschweine vor? In der internationalen Fleischer-Zeitung wird berichtet, daß durch solche aus Rußland importierte Jagdschweine in kaiserlichen Jagdparks zu Springe tatsächlich ein Seuchenfall verursacht worden ist. (Hört, hört! links.) Ich möchte den Staatssekretär fragen, ob die Landwirte im Manöver den Truppen das sei Hausschlachtungen nicht unentgeltlich Fleisch verkaufen dürfen? Die augenblicklich herrschende Fleischnot ist der sichere Beweis dafür, daß die heimische Landwirtschaft den Bedarf nicht decken kann. Die Agrarier schieben die Schuld an der Preissteigerung den Händlern zu. Angesichts der Tatsache aber, daß die Fleischteuerung eine fast internationale ist, kann von künstlichen Preistreibereien nicht gesprochen werden. Bei uns aber sind die Preise am höchsten gestiegen, was zum Teil auf das Zurückdrängen der Viehzucht durch die Spiritus-, Zucker- und Stärkeproduktion zurückzuführen ist. Unter solchen Umständen noch höhere Zölle auf Vieh und Fleisch zu verlangen, wäre lächerlich, wenn es nicht so traurig wäre. (Sehr gut! links.) Wir werden gegen die Erhöhung der geltenden Vertragszölle wie auch gegen die Bindung durch Minimalzölle stimmen. Mit Rücksicht auf das Wohl der Gesamtbevölkerung sollte die Regierung vorziehen auf eine Vorlage, die so unheilvoll eingreift in die Ernährung der Bevölkerung. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Spahn** (Zentr.): Mindestzölle für Vieh sind ebenso wichtig wie solche für Getreide. In der Begründung der Vorlage ist nachgewiesen, daß der Fleischbedarf der Bevölkerung bei einer genügenden Zollsicht wohl von der Landwirtschaft gedeckt werden kann. Ich hoffe, daß wir die Beratungen in gedeihlicher Weise fortführen und zu Ende führen werden. (Beifall im Zentr. Widerspruch links.) Daß der Abschluß von Handelsverträgen durch Mindestzölle erschwert wird, gebe ich zu. Wir wünschen alle Handelsverträge, wollen aber nicht, daß die Zölle derselben von der Landwirtschaft allein getragen werden. Dagegen wollen wir die Landwirtschaft durch die in der Kommission beschlossenen Bindungen schützen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **Semler** (natl.): Ich bin mit Herrn Bebel darin einverstanden, daß wir die Verpflichtung haben, die ganze Vorlage ordnungsgemäß zu beraten, aber deswegen haben wir die andere Verpflichtung, diese Vorlage auch ordnungsgemäß und prompt zu erledigen, d. h. so schnell wie möglich. (Lachen links.) Alles, was sich gegen diese prompte Erledigung wendet, wäre unzulässige Obstruktion. (Widerspruch b. d. Soz.) Darüber wird das Volk entscheiden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir werden für die Regierungsvorlage stimmen. Herr Bebel hat in agitatorisch äußerst geschickter Weise die Wirkung der hohen und der niedrigen Zölle auf die Volksernährung gegenübergestellt. Seine statistischen Angaben sind für mich aber nicht überzeugend.

Dem Abg. Graf möchte ich bemerken, daß gerade die einsichtigen Landwirte und Viehzüchter einen hohen Wert auf Handelsverträge legen, so namentlich die ostpreußischen Landwirte. Entschieden zurückweisen muß ich die Behauptung des Abg. Graf, daß wir Nationalliberalen auf die Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen Verzicht geleistet hätten, beide seien sehr unangebrachte Stöße auf den Abg. Beumelburg wegen angeblich unwahrhaftiger sozialer Fürsorge. — Nun noch zum Herrn Stock zu reden, so hat dieser selbst marktanden, daß Mißbräuche des Abschlusses von Handelsverträgen erschwert. — Eine Fleischnot hat nach Ansicht meiner Freunde nicht vor; ob eine Fleischteuerung vorliegt, werden wir erst nach Mitteilung der Regierungserhebungen beurteilen können. Erst dann wird sich entscheiden lassen, ob gewisse Erleichterungen in der Fleischeinfuhr stattfinden sollen. Eine Aufhebung der Grenzsperre halten wir aber für ausgeschlossen, da wir unsere Viehzucht nicht dem Risiko einschleppter Seuchen aussetzen können. Darum haben z. B. gerade die kleinen Moorbauern Interesse, die den Hauptteil ihrer Einnahmen aus der Schweinezucht ziehen. — Herr Bebel hat aus dem statistischen Material, das er vorbringt, durchaus falsche Schlußfolgerungen gezogen. Wenn die politischen Grenzen mit ihren natürlichen Beschränkungen nicht vorhanden wären, so müßte man sie — um mich paradox auszudrücken — im Interesse unserer Viehzucht erfinden. Wie kann Herr Bebel die Oeffnung der holländischen Grenze verlangen, da doch selbst das deutsche Vieh in Dänemark unter gewissen Bedingungen in Quarantäne genommen wird? — Fürst Bismarck hat sich in vielen Bande seiner Gedanken und Erinnerungen entschieden für das Fahren der Grenzsperren ausgesprochen. Die Erleichterung des französischen Verkehrs mit dem Elsaß z. B. wenn er „den Eindruck der Kampfbahn, die die Zukunft für etwas Bezeichnendes in der Gegenwart zu ersehen bereit ist" und fährt dann fort: „Der Zweck, möglichstes Schweinefleisch zu haben, wird durch lose Behandlung der Einfuhrmöglichkeiten auf die Dauer ebensowenig gefördert werden, wie die Lockerung des Elsaß von Frankreich durch die beiläufig bestehende Möglichkeit gegen lokale Beschwerden und Schwierigkeiten." (Bravo! bei den Natl.; Lachen bei den Soz.)

Abg. v. **Oldenburg** (konsch.): Meine politischen Freunde werden einstimmig für die Bindung der Viehzölle eintreten; was die Höhe der Zölle betrifft, so wird eine Mehrheit für die Anträge Wangenheim, die Mehrheit für die Kommissionsfassung eintreten. An der Frage der Bindung der Viehzölle kann der Zolltarif vielleicht scheitern. Gewiß hätte zur Zeit des Fürsten Bismarck niemand Mindestzölle verlangt, weil man überzeugt war, er wird's schon machen. (Sehr richtig! rechts. Große Heiterkeit links.) Das Verlangen nach Mindestzöllen ist der Ausdruck des Mißtrauens, das der Reichskanzler in der Landwirtschaft zurückgelassen hat. (Sehr richtig! rechts.) Dem Landwirtschaftsminister möchte ich den Dank der Landwirte (Aha! links) für den Schutz aussprechen, den er, unbekümmert um das Geschrei der Linken, der Landwirtschaft angedeihen läßt. Ich will gewiß den kleinen Mann schützen, aber auch den großen (Aha! links). Es geht nur dem nicht schlecht, der keine Schulden hat; darauf kommt es wenig an, ob er ein großes oder ein kleines Gut hat. Warum wenden sich die Herren nicht gegen die Schlachtviehpreise in den Städten? (Zuruf bei den Soz.: Haben wir ja getan!) Es ist zuzugeben, daß die Schweinepreise hoch sind. Der Grund liegt in der kolossalen Preissteigerung des amerikanischen Schmalzes wegen der Mißernte in Mais. Man kann allenfalls von einer Fleischteuerung, aber auf keinen Fall von einer Fleischnot sprechen. Tritt das Fleisch durch die Oeffnung der Grenzen nicht billiger werden wird, dafür werden schon die Fleischer sorgen. Mein Hofbäcker hat mir gesagt: „Unser Fleischer wollte auch 10 Pf. mehr haben; da bin ich zu einem anderen Fleischer gegangen und habe dort nur den alten Preis zahlen brauchen." (Heiterkeit links.) In ein paar Wochen wird die ganze Not vorüber sein. — Entschieden zurückweisen muß ich die Angriffe des Dr. Müller-Sagan auf den ehrenwerten Stand der Tierärzte. (Brava! rechts.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (freis. Vereinigg.): Wollte der Herr Vorredner sich vielleicht für die Stelle des ersten Bundesvorsitzenden vorbereiten? Jedenfalls waren seine Ausführungen die konzentrierte Sauce des Bündertums. (Lachen rechts.) Uebrigens ist der Herr noch ziemlich jung im Reichstag; daher werden wir für einzelne seiner Aeußerungen auf mildernde Umstände plädieren müssen. (Unruhe rechts.) Er behauptet, die Linke habe nichts gegen die städtische Schlachtviehsteuer gehabt. Aber gerade die Linke hat den Antrag gegen die Schlachtviehsteuer gestellt (Rufe rechts: Stadtverordnetenversammlungen!); ein Teil der Rechten aber hat gegen diesen Antrag gestimmt. (Hört, hört! links.) — Herrn Semler habe ich zu bemerken, daß wir durchaus nicht Grenzsperrung um jeden Preis wollen. Wir wollen sie nur insofern, als sie mit der Erhaltung eines gesunden heimischen Viehstandes vereinbar ist. Wieder weiß denn Herr Semler, daß bei der Reichsfleischkarte noch Handelsverträge möglich sind? Sehr warnen möchte ich ihn, aus einzelnen, aus dem Zusammenhang gerissenen Aeußerungen des Fürsten Bismarck Kapital schlagen zu wollen.

Auch wir sind bereit, die deutsche Viehzucht zu schützen, heben aber die Erhöhung der Viehzölle für kein geeignetes Mittel. Länder, in denen die Viehzucht in hoher Blüte steht, wie Dänemark und England, haben keine Viehzölle. Die Vermehrung der deutschen Viehproduktion hat nicht Schritt gehalten mit der Vermehrung der deutschen Bevölkerung; die Bevölkerungszunahme ist aber entscheidend für die wirtschaftliche Lebenskraft Deutschlands. — Die Fleischnot hat sich nicht gemindert; erst gestern hat der Verwaltungsdirektor des Berliner Schlachthofes einen Vortrag an Schlachtvieh konzipiert, wie er nach seinen Erfahrungen bisher noch nicht vorgekommen ist. — Die eigentümliche Art der Ausführung des Fleischbeschaugesetzes erweckt immer wieder den Verdacht, daß es sich dabei nicht lediglich um veterinärmedizinische, sondern in hohem Maße auch um protektionistische Interessen handelt.

Wir werden dem vom Abg. Bebel angekündigten Antrag, nach der Abstimmung über die Vieh- und Fleischzölle die Verhandlungen über den Zolltarif auszusetzen, den Reichstag in die Ferien zu schicken und bis dahin wieder zur Gesamtberatung zusammenzurufen, gern zustimmen. Jedoch, wenn die Herren das ablehnen und die Beratung fortsetzen wollen, so mögen sie das auf ihre Verantwortung tun. Daß nichts zu Stande kommen wird, ist so selbstverständlich. Wir werden das Unsrige tun, um den Tarif zum Scheitern zu bringen. — Will man die Finanzen des Reiches heben, ohne die breiten Massen zu belasten, so ist dazu die Reichserbschaftssteuer das beste Mittel. — Herr Gamp sprach von einem Kartell der Linken. Gewiß würde ein solches eine große Gefahr für die Konservativen bedeuten. Aber was in der Theorie als richtig erscheint, bewährt sich in der Praxis oftmals Schwierigkeiten. — Eine Interessengemeinschaft zwischen Großgrundbesitzern und Bauern besteht nicht. Der Landbund tut halt die kleinen Bauern bedrückt, ihnen keine genügende Vertretung in den Kreisausschüssen und Landwirtschaftskammern zugestanden. Das merkt der kleine Bauer nicht; mit allen Ihren Reden werden Sie nicht rechts ihn nicht von der Interessengemeinschaft zwischen Groß- und Kleinbesitz überzeugen. (Sehr richtig! und Beifall links.)

Abg. Dr. **Becker** (konserv.): Ueber die Grenzsperre hätte sich Herr Bebel bei der Beratung der Interpellation über die Fleischteuerung aussprechen sollen, nicht beim Zolltarif. Meine Partei tritt in der Zollfrage wie überall für die Politik der ausgleichenden Gerechtigkeit ein; wir sagen: Jedem das Seine (Abg. Stadthagen: Es fragt sich nur, in welchem Maße!); wir werden uns dafür zu haben sein, einen einzelnen Stand auf Kosten anderer Stände zu bevorzugen. (Heiterkeit links; sehr richtig! im Zentr.) Die Rettung der Landwirtschaft ist auch aus allerdichtesten Maße, in der Tarifrede angegeben worden. Meine Partei beabsichtigt mit der Bewertung der Minimalzölle nicht den Zweck einer Steigerung der Preise, sondern wir wollen die Viehzucht nur auf einer normalen Höhe halten. (Lachen links.) An der Fleischteuerung ist der Zwischenhandel schuld. Eine das Fleisch in den Konsumenten gelangt, oft es erst durch vier bis fünf Hände. Das Kilo Schweinefleisch ist um 15 Pfennig im Preise gestiegen. Da können Sie doch nicht von einer erzwungenen Preissteigerung reden. Was meine Partei besonders dazu bewogen hat, für einen ausreichenden Zollschutz für Vieh einzutreten, ist der Umstand, daß die Viehzucht besonders von den kleinen Landwirten betrieben wird. Ich hoffe, daß eine Verständigung noch möglich ist, und der Tarif auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse fertig gestellt wird. (Lachen links.) Sollte die Vorlage aber an der Unmöglichkeit einer Verständigung scheitern, so trifft die Verantwortung dafür die Sozialdemokratie. Diese Verantwortung ist eine sehr schwere! (Beifall im Zentrum.)

Hierauf wird ein **Vertagungsantrag angenommen**.

Abg. **Bebel** (Soz.), persönlich erklärt gegenüber dem Abg. Semler, daß er konkrete Maßnahmen gegen das vom Auslande eingeführte Vieh durchaus billige. Er habe nur verlangt, daß diese Maßnahmen kein agrarischen Interessenstandpunkt aus.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr.

## Parteiangelegenheiten.

**Die Sozialdemokratie in Thüringen.** Anläßlich des Besuchs unserer Parteigenossen in Schwarzburg-Rudolstadt schreibt unser Saalfelder Bruderorgan über die Sozialdemokratie in Thüringen: Wenn man heut die Landkarte Thüringens ansieht, so ist es ein großer, zusammenhängender, wenn auch durch Grenzpfähle getrennter Komplex, der in den verschiedenen Landtagen sozialdemokratisch vertreten ist. Von Süden nach Nordwesten gehend, sehen wir als Spitze einen Meininger Kreis, daran anschließend den ganzen Landtagswahlkreis Sonneberg mit vier Kreisen, südlich den Landtagswahlkreis Schleiz mit ebenfalls vier Kreisen, den weimarischen Kreis Jena und endlich die beim gothaischen Kreise. Und oben und unten, rechts und links winken noch viele sozialdemokratische Enklaven. Die Sozialdemokratie

## Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

**Zur Frage des Meißner Dombaues.** Ueber die Gefahren, die dem schönen Denkmal gotischer Baukunst in Sachsen, dem Meißner Dom, neuerdings drohen, teilt der Dresdner Anzeiger in seiner Nummer vom 25. Oktober in einer dem gesamten Sachsen mit:

„An den beiden Seiten des westlichen Turmhauses werden tiefe Schächte geschlagen zur Fundamentierung am Grunde, Lauch der südlichen und der nördlichen Mauern des Langhauses und die Grundarbeiten beendet, so daß sich nun im Langhaus ein tiefer Graben befand sich auffälligerweise über der Gruft und fürstlichen Begräbniskapelle; allerdings war er schmal. Nun aber so tief zu machen wie den neu angelegten, ist das gewaltige breite Mauerwerk, das nach über die vertikalen Wand- und Strebepfeiler hinausragende, also so gewaltige Lücken bildete, überbrücken worden, was nur mit Aufbietung von Gewalt möglich war, da das alte Mauerwerk unregelmäßig fest war. Dafür ist in Gestalt der beabsichtigte breitere Fundament angelegt worden. Sollte er wirklich den Grund tiefer hinein, als das alte, nunmehr entfernte Mauerwerk? Aber weitere Gefahr ist im Anmarsch. In der Kapelle des südlichen Turmes soll eine vier Meter hohe Mauer aufgeführt werden; es würde eine Verunstaltung des schönen, frühgotischen Raumes bedeuten. Wird nicht alles in Bewegung gesetzt, so kommt es vielleicht schon in den nächsten Tagen dazu, und der Beweis ist da, daß der Vorstand des Dombauvereins sich durch nichts hindern läßt, seinen Zweck zu verfolgen. Es muß gelten, mit allen Mitteln unaufhaltsam fortwährend Einwürfen zu steuern, die wohl zur Stärkung des Unterbaues für die geplanten Türme Schäfers dienen sollen."

Der Dresdner Anzeiger knüpft eine scharfe Kritik an diese Mitteilungen. Er wirft die Frage auf: wie es komme, daß die Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler von dem Meißner Dom geheimgehalten werde, weil darauf hin, daß sie im Sommer vom Vorsitzenden des Meißner Dombauvereins, Geheimrat Fr. Wach, gegebenen Zusicherungen, eine Denkschrift über die Dombaufrage und einen Arbeitsplan zu veröffentlichen, nicht einsehen, vielmehr durch den Bau überholt worden sind, bezeichnet er Einwendungen, mit der Tagespresse wie Zuchtinstrumente hat gegen die Schäferschen Pläne, in denen nicht das Prinzip der Erhaltung des alten Domes bestimmend ist, gewendet haben, und schließt mit der Frage: „Wird der Vorstand des Meißner Dombauvereins sein öffentlich gegebenes Wort einlösen, oder will er nach wie vor sein Tun geheim halten? Handelt es sich um ein Scharfen nach wohlerwogenen Plane, so liegt anderes Ermessens die Pflicht vor, deutlich zu erklären, was beabsichtigt ist; denn der Dom zu Meißen ist nicht Privateigentum, der Dombauverein kann Rechenschaft von seinem Vorstande fordern, die Mittel sind nicht dem Vorstande zu freier Verwendung überwiesen."

Zu dieser Angelegenheit geht uns folgende Zuschrift zu:

„Geehrte Redaktion! Bei dem regen und erfolgreichen Interesse, das die Sächsische Arbeiter-Zeitung allen Kunstfragen unseres Landes in der dankenswerten Weise entgegenbringt, gestatten Sie mir wohl, Sie auf eine Notiz in der Sonnabend-Nummer des Dresdner Anzeigers über den Meißner Dom hinzuweisen. (Dieser Hinweis war insofern unnötig, als uns die Mitteilung keineswegs entgangen war; nur der Platzmangel hinderte uns, schon am Sonnabend darauf einzugehen. Die Redaktion unserer Zeitung zu der Dombaufrage ist allen Lesern wohlbekannt. Redaktion d. S. A.-Ztg.) Sie ersehen daraus, daß die Politik des Dombauvereins zu schweren Bedenken Anlaß bietet; die Hinzuziehung der verbreiteten Publikationen läßt sich schwer um einen parlamentarischen Ausdruck kennzeichnen und die Passivität der Landesbehörden verdient ernstlichen Tadel. Aber vielleicht ist unter den gegebenen Umständen eine Diskussion in parlamentarischen Formen überhaupt nicht mehr am Platze. Die Beobachtungen, die wir in unserem öffentlichen Leben der letzten Jahre machen mußten, bringen mich wiederum auf den Gedanken, ob nicht angebracht wäre, gerade umgekehrt zu verfahren. Es ist nachgerade allgemein bekannt, daß öffentliche Mißstände nur auf einem einzigen Wege erfolgreich kritisiert werden können, nämlich durch einen Preßprozeß. Vor den Schranken des Gerichts gilt es kein Verkleinlichen, kein Hinausschieben, da muß unter dem Zwange des Zeugeneides Farbe bekannt werden, und das Urteil vereidigter Sachverständiger wird dort bekannt werden, und das Urteil vereidigter Sachverständiger wird dort in aller Oeffentlichkeit abgegeben. Deshalb dürfte wohl die Frage aufzuwerfen werden, ob nicht an der Zeit wäre, die Leitung des Meißner Dombauvereins und die Staatsbehörden durch einen absichtlich herbeigeführten Beleidigungsprozeß einen Gegenstand zu Ende zu bringen.

Es bedarf wohl nicht der Versicherung, daß wir fern liegt, Ihnen, geehrte Redaktion, das Opfer eines solchen Prozesses in einer Frage zuzumuten, die für Sie und Ihre Leser nur ein sekundäres Interesse haben kann. Meine Bitte geht vielmehr nur dahin, daß Sie diese meine Ansicht überhaupt erst einmal zur öffentlichen Diskussion stellen. Das andere wird sich in dann schon finden.

In der angenehmen Erwartung, daß Sie im Interesse der Sache meiner Bitte um Veröffentlichung dieses Briefes willfahren werden, und indem ich Ihnen freistelle, meinen Namen zu nennen oder nicht, zeichne ich mit größter Hochachtung ergebenst

Dr. . . . . m.

Wir haben keinen Anlaß, dem Einsender die Bitte um Veröffentlichung abzuschlagen, da mit der Meinung und das sein Vorschlag in der Tat nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Der Dombauverein mit samt dem Herrn Baurat Schäfer ist aber seit Gelegenheit gegeben, der vorgeschlagenen Methode öffentlicher Diskussion vor den Schranken eines Gerichts aus dem Wege zu gehen, indem sie rasch nachteilen, was sie längst verschwiegen, bisher aber nicht gehalten haben. Ebenso hat es auch die Regierung in der Hand, die Bauvorbereitungen in Meißen schleunigst zu sistieren und damit Schäden vorzubeugen, die ebenso beklagenswert wie schwer wieder gut zu machen wären.

**Dresdner Kunstchronik.** [Theater.] Die königl. Generaldirektion hat das neue dramatische Werk von Gerhart Hauptmann Der arme Heinrich zur Aufführung für das königl. Schauspielhaus angenommen.

Im königl. Opernhause wird Freitag den 31. Oktober zum erstenmale Die Maienkönigin, Schauspiel in einem Aufzug, frei nach dem Französischen des Jouart von Max Halbe, Musik von Glück, bearbeitet von A. N. Fuchs, in folgender Besetzung gegeben: Prolog — Frl. v. Chavanne; Helene — Frl. Krull; Lilette — Frl. v. der Osten; Marianne von Montouvre — Hr. Erl; Richard — Hr. Geeder.

Die königliche Hoftheaterintendanz hat das beabsichtigte Gastspiel von Sarah Bernhardt an der Hofbühne aufgehoben und alle weiteren Unterhandlungen abgebrochen. Die Gründe sind finanzieller Art. Man mag zu Sarah Bernhardts Kunst stehen, wie immer man will, — in der Dresdner Tagespresse tauchten sehr unerquickliche Abmeldungen auf — bedauerlich bleibt, daß Dresden für die Gastspielreise nicht mehr in Betracht kommen wird.

[Musik.] Am 12. November d. J. findet im Musikhause das jährliche Chor- und Orchesterkonzert für die Zwecke des Paranassvereins (Gesellengenossenschaft) statt.


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021028/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Demokratie kann mit Befriedigung auf ihre Erfolge zurückblicken, [illegible] um gewisse [illegible] Abgeordneten in den verschiedenen Landtagen.

„Jede Handlung des Menschen" — kann der Redner [illegible] sein, namentlich wenn der Mensch ein Zentrumsmann ist. In [illegible] wollte der Redner [illegible] einen interessanten Vortrag halten. Kurz vor Beginn des Vortrags erschien ein Parteifunktionär und verlangte die Bekanntgabe über die Einberufung der „Versammlung". Es wurde ihm bedeutet, daß es sich nicht um öffentliche Angelegenheiten, sondern um einen wissenschaftlichen Vortrag handle. Kaum langsam Verhandlungen hob sich der Redner bereits, den Beginn der Veranstaltung abzuwarten. Hierauf Gerbacht bedeutet: „Jede Handlung des Menschen" . . . . „Ich löse die Versammlung auf!" Grund der Redner und illustrierte damit [illegible] Zentrumsdogmen.

„Kein Grund vorhanden." Dem Genossen Henning in Erfurt, Redakteur unserer Dortigen Parteizeitung, der vor 12 Wochen nach Entmutigung Haft des Verfassers verlassen hat und nun seinen wieder vier Monate abzubüßen hat, ist es verboten worden, im Gefängnis eine Zeitung zu lesen, weil „kein Grund" dafür vorhanden sei.

Totenliste der Partei. Die Breslauer Genossen verloren einen treuen Mitkämpfer in der Person des Zimmermeisters Demuth. Der Verstorbene war, obwohl seit Jahren an der Reichstagswahl Kreisdelegierter der dortigen Genossen Breslaus und hat sowohl in der Partei wie in seiner Gewerkschaft verschiedene Vertrauensposten bekleidet.

# Sächsische Angelegenheiten.

**Omnibuszüge oder Kraftwagen** sollen demnächst auf der sächsischen Staatsbahn zur Forderung des Nahverkehrs und zur Ergänzung des Betriebs auf den Nebenbahnen eingeführt werden. In nächster Zeit sollen zu diesem Zwecke Versuche mit Wägen verschiedener Kraftsysteme angestellt werden. In erster Linie will man elektrische Motorwagen erproben.

Der Wunsch, den Verkehr auf der Staatsbahn durch Einlegen von Omnibuszügen zu ergänzen, ist schon alt. Schon vor 20 Jahren wurden im Landtage dahingehende Wünsche geäußert und sie sind auch 6 bis 8 Jahre auf der Tagesordnung geblieben, seitdem ist es ruhig geworden. Damals bezweckte man die Anschaffung leichter und kleiner Lokomotiven, die gerade für einige leichte Wagen ausreichten. Auf diese Weise wollte man dem Verkehr innerhalb des Vorortgebiets großer Städte genügen und den Betrieb auf solchen Linien vervollständigen, wo aus Ersparnisgründen nur wenige Züge an einem Tage gingen. Seitdem die meisten Vororte Bahnhöfe oder Haltestellen erhalten haben, ist der Mißstand weniger fühlbar geworden, daß sich solche Ortschaften, obwohl sie oft von mehreren Bahnlinien durchschnitten werden, bezüglich des Eisenbahnverkehrs vernachlässigt fühlen müssen, wie ein Heidedorf. Nachdem dieser Mangel etwas gemildert ist, hat man von den Omnibuszügen nichts mehr gehört. Wenn die Frage jetzt wieder auftaucht und von der Regierung angeregt wird, dürften hierbei weniger Verkehrsinteressen als Sparsamkeitsrücksichten maßgebend sein. Es läßt sich indes nicht in Abrede stellen, daß man mit einer solchen Einrichtung sowohl Ersparnisse erzielen wie den Verkehrsinteressen dienen kann.

**Human gegen Betrüger, schneidig gegen organisierte Eisenbahner,** das scheint bei der sächsischen Staatsbahnverwaltung Grundsatz zu sein, wie folgendes zeigt, das der Leipz. Volksztg. aus Greiz gemeldet wird:

„Aus dem Verwaltungsbereich der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen wurde dieser Tage unter dem Titel „Personalveränderungen u. a." folgendes gemeldet: „Entlassen auf Ansuchen wurde der Fahrgeldkassierer Nummer in Greiz." Das ist ausgeschwiegen. An demselben Tage nämlich, wo dieser Nummer vom Schwurgericht in Gera wegen bedeutender fortgesetzter Unterschlagungen von Eisenbahngeldern zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, gibt die sächsische Staatseisenbahnverwaltung bekannt, daß dieser Eisenbahner „auf sein Ansuchen" aus dem Dienst entlassen worden sei."

So verfährt die sächsische Staatsbahn-Verwaltung mit entlarvten Betrügern. Man entläßt sie in rücksichtsvollster Weise auf Ansuchen. Wenn man jedoch einen Eisenbahner in Verdacht hat, Abonnent des Weckruf oder Mitglied des Eisenbahnerverbandes zu sein, dann wird ein solcher Sünder in rücksichtslosester Weise auf die Straße geworfen. Die zarte Rücksichtnahme gegen Betrüger auf der einen Seite und die brutale Schneidigkeit gegen organisierte Eisenbahner auf der andern Seite ist sehr bezeichnend für die sächsische Staatsbahnverwaltung.

**Bautzen.** Ueber die Kandidatenfrage im 3. Reichstagswahlkreise äußert sich jetzt auch die Deutsche Wacht in ihrer neuesten Nummer. Das Blatt bringt folgende Erklärung:

„Vertreter des Kreises ist Herr Abgeordneter Gräfe, der eine bestimmte und bindende Entschließung, ob er wieder kandidieren werde, noch nicht gefaßt hat. In der Reichstagsfrage wie unter seinen Wählern wurde seine Wiederkandidatur mit allgemeiner Freude begrüßt werden. Sollte Abgeordneter Gräfe auf Gesundheitsrücksichten sich an einer Ablehnung gezwungen sehen, so wurde dann, nach erfolgter Mitteilung an die Vertrauensmänner, die Aufstellung eines andern Kandidaten der Reichspartei zu beschließen sein. Es ist nicht als wahrscheinlich, wenn Herr Hammermann schon jetzt als Kandidat für den Bautzner Kreis bezeichnet wird. Richtig ist nur, daß für den Fall eines Ausscheidens des Abgeordneten Gräfe von verschiedenen Seiten im Stadtkreis der Parteileitung der dringende Wunsch zu erkennen gegeben worden ist, daß dann Herr Hammermann sich um die ihm ergebenden Rufe Folge geben möge. Tag an Tag, wie wir ihn mitteilen können, eine der Vorbedingungen des Herrn Abgeordneten Gräfe und dem späteren Beschlusse der Vertrauensmänner der Kreis irgendwie vorzugreifen."

Danach darf aber die Kandidatenfrage noch in der Schwebe. Für die Arbeiter des 3. Kreises ist die Angelegenheit jedoch so weit geklärt, daß in jedem Falle ein Brotwucherer schlimmster Art Kandidat der Ordnungsparteien sein wird.

**Heinichen.** Das „gespannte Verhältnis", das seit langer Zeit zwischen den beiden städtischen Kollegien besteht, kam in letzter Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums recht deutlich zum Ausdruck. Zur Beratung stand zunächst die Ratsvorlage über die Ausbesserung der Straße hinter dem Bahnhof. Diese Straße hat eine dicke Geschichte, an sie knüpfen sich Streit, Zeitungsartikel und Gerichtsverhandlungen. Auch hat sich bereits die Kreishauptmannschaft, durch Eingaben der Anlieger veranlaßt, wiederholt damit beschäftigt. Die Ausbesserungen wurden dem mangelhaften Zustand der Straße keineswegs dauernd bezeichnen. Deshalb ist das geplante nur vollständige Neubau und für Beschleuderung, mit einem Kostenaufwand von [illegible] M. verursachen würde. Nun ist sich aber das Kollegium nicht klar darüber, ob die Stadt überhaupt berechtigt ist, den Straßenbau vorzunehmen, weil die Straße bisher ein Privatweg war. Ist nämlich hat das Kollegium keine Kenntnis davon, ob die Straße erschlossen und in den Stadtbauplan aufgenommen werden soll, ob die Anlieger das nötige Areal bereits abgetreten haben usw. Deshalb beantragte Stadtv. Andreas, vom Rate der nötigen Aufklärung zu verlangen und zu bestimmen, daß das Kollegium wieder einmal „wieder Hand beim Werke sein". Beschlossen wurde, den Rat zu ersuchen, eine gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Kollegien einzuberufen, damit, wie Stadtv. Krause meinte, „einmal Rede und Gegenrede zusammen komme." Theoretische Anfragen beim Rat würden doch nur ungenügend beantwortet.

Stadtv. Andreas erklärte, er lege sein Mandat als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission nieder. Als der Stadtkassierer Hunger mit dem Tode abgegangen sei, habe eine Revision der Stadtkasse nicht stattgefunden, trotzdem er (Andreas) wüßte nichts von einer solchen Revision habe der Bürgermeister auf eine Anfrage, wer denn eigentlich haftbar sei, wenn bei der Stadtkasse Unregelmäßigkeiten entdeckt würden, geantwortet: die Rechnungsprüfer.

Die anderen Ausführungen würden ebenfalls ignoriert, so habe er als Mitglied des Parkausschusses nur zufällig erfahren, daß im Park Hermsdorf eine Wohnung anderweit bezogen worden ist. Stadtverordneter demaskierte die Ausführungen Andreas' und führte auch seinerseits einige Beispiele an.

Die [illegible] Bekanntgabe über die auf Anlaß des Todes des Stadtkämmerers Hunger bewirkten Beamtenversetzungen gaben erneut Anlaß zu schweren Angriffen gegen den Stadtrat. Es wurde bekannt, daß nicht bei die Beamtenstellen, sondern für die Beamten persönlich die Gehälter zugewiesen seien. Somit sei aber auch nötig, wenn Beamtenversetzungen vorkommen, welche für die betreffenden Beamten höhere Gehälter mit sich bringen, daß dies dem Stadtverordneten-Kollegium zur Mitentschließung vorgelegt wird. Zu alledem komme, daß ein Beamter von Fobeln nach hier gekommen sei; selbst in diesem Falle sei das Kollegium ignoriert worden. Es wurde beschlossen, den Rat um weitere Auskunft bezüglich der Gehaltsfrage zu ersuchen. Auf die gemeinschaftliche Sitzung kann man gespannt sein.

**Bischofswerda.** Nach einer Mitteilung des Berl. Tageb. stehen die Falschmünzer in Bischofswerda mit den Briefmarkenfabrikanten in Verbindung, die kürzlich in Hainichen, Rommen und [illegible] Weiden gerichtet haben. Es wird nämlich gemeldet: Zu der Falschmünzer- und Briefmarkenfälscheraffäre in Dresden wird gemeldet, daß gestern in Bischofswerda weitere zwei Personen verhaftet wurden, welche in zwei Jahren zahlreiche Falsikate von Zweimarkstücken, Briefmarken usw. in Sachsen, Berlin und Hamburg untergebracht haben. Eine Unmenge von Stempeln und [illegible] beschlagnahmt.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Am Freitag nachmittag ist in Crossen bei Lungwitz in der Kunzschauer Sandgrube der Sandgrubenarbeiter H. aus Glauchau durch herabstürzende Sandmassen verschüttet und getötet worden. — Aus dem Untersuchungsgefängnis in Chemnitz ist ein inhaftierter polnischer Arbeiter, der wegen Erbrechungsverdachts festgenommen worden war, ausgebrochen. — In Frankenberg brach aus noch nicht aufgeklärter Ursache am Sonntag früh gegen 3½ Uhr in der alten Stadtmühle Feuer aus. Die Gebäude wurden eingeäschert. Der jetzige Besitzer hat das verdient seinem Vater gehörige Anwesen erst vor kurzem in der Brandversicherungsanstalt erstanden. Das Gebäude lag im feuergefährlichsten Teile der Stadt, doch gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. — In Falkenstein und in der Umgegend sind in den letzten Tagen zahlreiche Gänse und Hühner verendet. Es ist wahrscheinlich die Geflügelpest unter dem betreffenden Geflügel aufgetreten. — Am Donnerstag abend gegen 6 Uhr brannte in Pauter die mit der ganzen Ernte angefüllte Scheune der Gutsbesitzer Witwe Hartmann völlig nieder. Es liegt Brandstiftung vor. — Aus einem Uhrmacherladen in der Eisenbahnstraße in Leipzig ist mittels Einbruchs eine erhebliche Menge von Taschenuhren aller Art, einer Menge Armbänder, Ketten- und Fingerringe und eines Zweiers Zweiter [illegible] erbeutet worden.

# Stadt-Chronik.

## Eine große Schweinerei.

**Was gestern vor dem Landgericht über die Fleischerei von Hugo Kornelius Panzner, jetzt Chemnitzer Straße,** [illegible] wurde, sollte man eigentlich für unmöglich halten. Was [illegible] gesprochene Wort völlig hinreichend, um jedem den Appetit auf einige Zeit zu verderben, so wurde der gewonnene Eindruck noch wirksam durch einen den Sitzungssaal erfüllenden Geruch nach verdorbener Wurst unterstützt, der der [illegible] eines anwesenden Sachverständigen entstammte, die ein Stück [illegible] gefundenen Fleisch- und Wurstwaren berichtet. Aufseher Barth von der Wohlfahrtspolizei von Preßkopf der nicht mehr als solcher zu erkennen gewesen sei, von Leberwurst, die er wegen ihres schwarzen Aussehens für Blutwurst angesehen, von Mettwurst, Polnischer und von Siebenpfennigwürmchen, denen man ohne weiteres ihre Ungenießbarkeit angesehen habe. Ein bei Panzner beschäftigt gewesener Fleischergehilfe berichtet, daß erste Sorte Leberwurst, wenn sie schlecht geworden war, aus der Schale genommen und zu zweiter Sorte verarbeitet wurde und von grün aussehendem Fleisch, das von Maden und Fliegen belebt, zu Mettwurst verwendet wurde. Amtstierarzt Zschorke bekundet, daß der vorgefundene Kopf und die „angebliche Leberwurst" einer mit Schimmel bedeckten Mulde entnommen wurden. Im Vorraum des Ladens vorgefundene Mettwurst habe Anzeichen von Zersetzung gezeigt und sei als ranzig durch Geruch und Geschmack ohne weiteres zu erkennen gewesen. Die Leberwurst habe sich in hochgradiger Gärung befunden und die Mettwurst könne überhaupt nicht mehr Wurst genannt werden. Sie habe in der Hauptsache nur aus ranzigem Talg bestanden, dessen Geschmack er einen ganzen Tag nicht losgeworden ist. Der Direktor des Städtischen Untersuchungsamtes Dr. Beuthner berichtet, die Mettwurst sei grau, ranzig und faulig gewesen und habe so ekelerregend gerochen, daß man, um nicht die Gesundheit anderer zu gefährden, von der sonst üblichen Geschmacksprobe habe Abstand nehmen müssen. Während ganz Fett gar keine Säuregrade aufweise, seien hier bis zu [illegible] festgestellt worden und das Vorkommen von Ammoniak sei ein untrüglicher Beweis von hochgradiger Fäulnis, in der sich die Wurst befunden habe. Obermedizinalrat Dr. Tonn bekundet, daß Fleisch- oder Wurstwaren, wie hier in Frage stehend, gesundheitsschädlich wirken und neben Erbrechen, Durchfall usw. schwere Erkrankungen, ja den Tod herbeiführen könnten. Der Angeklagte sucht glauben zu machen, er habe die fraglichen Waren nicht mehr zum Verkauf bestimmt aufbewahrt und als jüngerer Geschäftsmann nicht gewußt, daß Wurst in geschlossenen Räumen bald schlecht werde. Diese Einwände werden jedoch von den Sachverständigen sämtlich widerlegt und der Vorsitzende des Gerichts bemerkt dabei, er hätte doch schon am Geruche merken müssen, daß er solche Ware aufbewahre, **denn das Haus Panzners müsse doch gestunken haben wie ein Komposthaufen.** Das Urteil lautete dahingehend auf Panzner wegen Vergehens nach § 12 Abs. 1 des Nahrungsmittelgesetzes von 1879 auf 4 Monate Gefängnis und einmalige Publikation des Urteils im Dr. Anz. Der Mitangeklagte Fleischergehilfe Joseph Kusiek, war wegen Beihilfe angeklagt und erhielt 2 Wochen Gefängnis. Kusiek hatte von den Zuständen der Wohlfahrtspolizei Mitteilung gemacht, nachdem er einige Zeit bei Panzner beschäftigt gewesen war und die Arbeit verlassen hatte. Wir sind der Ansicht, daß es ein recht bedenkliches Verfahren ist, einen Arbeiter, der doch wirtschaftlich von seinem Arbeitgeber abhängig ist oder, wie das Gericht in der Urteilsbegründung selbst ausführte, unter der Autorität des Meisters steht, in solchem Falle gerichtlich zu belangen. Das wird zwar dem Buchstaben des Gesetzes entsprechen, es trägt aber nicht zum Bekanntwerden von solchen Schweinereien bei. Anderseits ist es ja sicher, daß nur die Minderbemittelten solche „Wurst" aufgehangen bekommen. Die Fleischteuerung veranlaßt sie, dahin zu gehen, wo es noch ein einigermaßen großes Stück fürs Geld gibt und sie riskieren dann, wie in diesem Fall, Leben und Gesundheit. Wenn wir uns übrigens recht besinnen, berief sich der biedere Fleischermeister auch auf die teuren Fleischpreise, bei denen es unmöglich sei, eine gute Wurst zu liefern. So wäre also der Fleischermeister ein Opfer der Fleischnot geworden.

**Zum königlichen Opernhause** begann gestern die Offenbachsche Oper Hoffmanns Erzählungen das Jubiläum ihrer fünfundzwanzigsten Aufführung. Diese Zahl ist in dem kurzen Zeitraum von neun Monaten erreicht worden und dann ist unsere Vermutung, daß die Oper mit dem Werke ein Zugstück gewonnen habe, bestätigt worden. Die Wirkung auf das Publikum hat nun allerdings abgeflaut, die Begeisterung der ersten Aufführungen ist nicht mehr vorhanden. In diesem Ergebnis trifft neben der Gewöhnung an das Werk auch die jetzige Aufführungsweise etwas Schuld. Die Unzulänglichkeit der musikalischen Leitung hat dem Nachdirigierten Platz gemacht — Herr v. Schuch ist durch Herrn Kapellmeister Aug. Schach abgelöst — und damit ging auch die Feinfühligkeit, die musikalische Intimität verloren. Der bekannte Entreakt mit der Barcarole zum Beispiel, der seiner Zeit das Entzücken des Zuhörers bildete, ging gestern wortlos vorüber. Auch die Personalbesetzung hat in der Zwischenzeit vielfach Abänderungen erfahren. Einige davon, z. B. die Mitwirkung der Frau Abendroth im zweiten Bilde als verführerische und kokette Kourtisane, sollen der Aufführung zum Vorteil gereicht haben. Gestern sang, wie in der Erstaufführung, Frau Wedekind wieder alle drei Partien. Dagegen war Herr Anthes, der auf dem Zettel als „Wegen Krankheit beurlaubt" aufgeführt ist, durch Herrn Gießen und Herr Perron durch Herrn Gieder abgelöst und zwar in beiden Fällen nicht zum Vorteil der Vorstellung. Herr Gießen besitzt weder die schönen stimmlichen Mittel seines Kollegen, noch dessen durch Schwung fortreißendes Vortragsvermögen. Und Herr Gieder kann zwar im ersten Bilde eine charakteristische Maske, erreichte aber Herrn Perron im letzten Akte — den Hauptmomenten der Rolle — nicht. Sein Doktor Mirakel entbehrte der Dämonik, das Schaurig-Eindringliche der Gestalt des gefürchteten Doktors fehlte. Auch die gesanglichen Wirkungen Perrons wurden nicht erreicht. -a-

**In Sachen Anthes.** Dem Taunusboten geht von Herrn Konzertsänger Anthes ein Schreiben zu, in dem die über ihn umlaufenden Gerüchte als auf Unwahrheit beruhend bezeichnet werden. Herr Anthes befinde sich zu seiner Erholung im Einverständnis mit seiner Generaldirektion für einige Zeit in Homburg v. d. H. bei seiner Mutter. Anfang November begebe er sich auf eine längere Gastreise nach Amerika, England und Rußland. Daß er um die Genehmigung der Generaldirektion eben zu dieser Reise nach Amerika erhält, wird als gänzlich ausgeschlossen erklärt. Ist er trotzdem Gastspielverpflichtungen nach Amerika kontraktlich eingegangen? Wenn Herr Anthes am Schluß seines Schreibens erklärt, gegen die Urheber des verleumderischen Gerüchts sei Strafantrag gestellt, so kann man das im Interesse des Schreibers nur bedauern. Eine ganz unzweideutige Darlegung des Sachverhalts hätte eines Prozesses kaum die Gelegenheit bei der jetzigen Lage der Sache nur noch mehr gegen Herrn Anthes anbringen. Man wird meinen, er benutze dieses Mittel, die Presse zum Schweigen zu veranlassen, weil er tatsächlich waffenlos ist. Er hat sich sicher den schlechtesten Dienst geleistet.

**Im Zentraltheater** tanzt Cleo de Merode. Ihr Tanzen atmet höchste Kunst, und eine Frage soll sich im Anschauen sehr bald in uns lösen: Wo wollen wir denn in Deutschland, was Tanzen als Kunst werden und bedeuten kann? Denn es muß betont werden: auf unseren deutschen Bühnen steht die Tanzkunst in tiefster Misere. Das halbe Dutzend Ausnahmen, wenn auch Dresden gehört, fällt kaum ins Gewicht. Viele Pulsen, die ein Ballett füllen, verfügen kaum über eine leidende Tänzerin, bei der von großer Kunst und weitgespannter Leistungsfähigkeit die Rede sein kann. Die Zukunft herrscht vor, die Pantomime aber ist zum Aschenbrödel geworden. Unwillkürlich wird das Urteil auf diesen Zustand gelenkt, wenn man in den Bann der Kunst Cleo de Merodes zu gerathen beginnt.

Diese Kunst erschließt den rhythmischen Inhalt des menschlichen Körpers zu äußerer Sichtbarkeit. Eine solche Wirkung ist das Ideal der Tanzkunst überhaupt. Hier aber tritt es sich in höchster Vollendung verwirklicht dar. Tanz ist Ebenmaß und Zusammenklang der Bewegungen; ein geheimes Gesetz waltet einend über dem Wechselnden. In Cleos Kunst wird der Tanz zu lautloser Musik. Der Körper ist zum Ausdruck dieser Rhythmik merkwürdig prädestiniert. Ich will nicht reden von der edlen Reinheit der einzelnen Gliederbewegungen. Das einzelne hat's hier gar nicht. Aber daß jede Bewegung ein Teil eines fühlbaren Ganzen, einer Welle ist, die den ganzen Körper überrinnt, das ist das Künstlerisch-Hohe.

Ueberraschend ist Cleo de Merodes schlanke Gestalt. Das Schlanke ist das Prinzip ihres Körperbaues, es beherrscht alles Einzelne an ihr. Das Seltsamste ist der lauterschlanke Hals und darüber der Kopf mit der bekannten dunklen Cleo-Frisur, dem in leichter Bogenlinie das Ohr überziehenden, schlicht gescheitelten, glanzdunkel und gänzlich unbewegten Haar und dem ovalen Gesicht mit den ruhig bewegten Augen. Diese Augen muß man beobachten, wenn die Künstlerin tanzt. Selbst die Bewegung der Augenlider gliedert sich dem rhythmischen Ganzen ein. Etwas Flügelschlagweiches liegt darin, und es ist für die Wirkung eines Tanzes von großer Bedeutung. Die Augen sind sichre Mundtanzen, und in ihren keinen, in einfacher Stellung gegebenen Ausdruck mundet oft ein Tanz aus; er konzentriert sich dann gleichsam darin; wie in einer erwartungsvollen Frage. Cleo de Merode ist eben keine einseitige Zukunftskünstlerin, sie vermag ebenso das Schwergewicht eines Tanzes in die Bewegungen der Hände zu verlegen, kurz, sie ist die Meisterin der Pantomimik. Fr. D.

**Eine Matinee des Männergesangvereins Vorwärts** fand am Sonntag 11 Uhr im Saale des Trianons statt. Hatte auch dieses mehr den Charakter einer nur der Unterhaltung gewidmeten Veranstaltung als den eines eigentlichen Konzertes, so läßt sich doch auch über das künstlerische Ergebnis manches Erfreuliche berichten. Der Verein ist zwar klein, er zählt nur ungefähr 26 Sänger, aber er ist von seinem Dirigenten, Herrn Richter, davor behütet worden, Leistungen zu geben, die über seine Mittel hinausgehen. Vor allem ist von jeglicher Kraftleistung abgesehen worden, die bei solch kleinen Vereinen zerrt einen unangenehmen Stimmklang zur Folge hat. Je größer die Masse, um so leichter verschwinden einzelne unangenehme Stimmen, die in jedem Verein anzutreffen sind, um so leichter ist dementsprechend die Arbeit des Dirigenten, den Ausgleich herbeizuführen. Es muß anerkannt werden, daß die Vorträge des Vereins Vorwärts, dem ein größerer Zuwachs an Mitgliedern dringend zu gönnen wäre, geschmackvoll ausgeführt waren und daß, wenn auch Tonschwankungen, besonders in den Mittelstimmen, nicht vermieden wurden, im allgemeinen die Tonhöhe gut festgehalten wurde. Zu Hauptreiz der Matinee lag jedoch in der Mitwirkung des Paul Michaelschen Solouartetts aus Leipzig. Die vier Herren bilden ein gut abgestimmtes Ensemble und singen mit hübschem, wenn auch im Zeitmaß meist zu gedehntem Vortrag. Ein nicht zu unterschätzender Faktor ihrer Darbietungen liegt darin, daß der erste Tenor, dessen Name war auf dem Programm ebensowenig genannt wie die der anderen Herren und des Dirigenten des Vorwärts) über klangvolles Stimmmaterial verfügt und mit demselben umzugehen weiß. Die vier Sänger wurden zu vielen Zugaben genötigt. — Ist somit der künstlerische Verlauf der Matinee ein befriedigender gewesen, so gibt es an der „Aufmachung" verschiedenerlei auszusetzen. Und zwar handelt es sich um drei Dinge der Verbesserung bei späteren Veranstaltungen. Erstens man beginne zur festgesetzten Zeit und nicht eine Viertelstunde später. Zweitens, und das fällt schon mehr ins Gewicht, man gebe den Kellnern Anweisung, das Servieren während der Vorträge einzustellen und dafür die reichlich bemessenen Pausen zwischen den einzelnen Darbietungen zu benutzen. Das Klappern der Biergläser ist nicht gerade die geeignetste Begleitung zu den Gesangsvorträgen. Drittens aber und das ist die Hauptsache, sei die Mahnung an den männlichen Teil des Publikums gerichtet, die Schilder „Nicht rauchen" nicht nur zu lesen, sondern auch zu beachten. Der Konzertbesucher hat seine Pflicht gegenüber den Ausführenden damit noch nicht erfüllt, daß er den Eintrittspreis zahlt und nach den Vorträgen Beifall spendet.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021028/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

**Die diesjährige Stadtverordnetenwahl** findet laut Ratsbeschluß am Mittwoch den 3. Dezember statt. In der gegnerischen Presse ist noch alles ruhig, desto eifriger wird hinter den Kulissen gearbeitet. Der Kuhhandel ist im schönsten Gange. Ganz besonders verwickelt werden die Verhältnisse durch die Differenzen, die zwischen den Reformern und den Hausbesitzern resp. Stadtrat Dietz, dem zweiten Vorsitzenden der Reformer, und Hartwig, dem Vorsitzenden des Hausbesitzervereins, ausgebrochen sind. Hartwig hat in seiner gewohnten groben Manier Dietz auf das rücksichtslosteste brüskiert gelegentlich der Verstadtlichung der Straßenbahnen, wo er ihn so unsanft hinauswarf. — Aber schließlich wird anläßlich der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen der Riß wieder verkleistert. Der gemeinsame Haß gegen Mieterverein und Sozialdemokratie treibt sie schon wieder zusammen. Immerhin dürfte es sehr wahrscheinlich sein, daß Hartwig, wenn er sich wieder als Stadtverordnetenkandidat aufstellen läßt und sich nicht auf das Altenteil eines unbesoldeten Stadtrats zurückzieht, nicht wieder gewählt wird; denn wenn ihn schon seine antisemitische Kohorte im Stich ließ, dann wäre er nur auf seine paar tausend Hausbesitzerstimmen angewiesen.

**Das Renommieren** verstehen die Neuesten Nachrichten, das muß man ihnen lassen. Der Umstand, daß sich zwei deutsche Beamte in Tientsin in China mit einem Heiratsgesuch an das patentierte Kupplerorgan (siehe die Notiz von den 7 Herren, die zwei Frauen suchen) wenden, veranlaßt sie, in Verzückung auszubrechen und zu schwatzieren: „Bis um den halben Erdball reicht das Vertrauen, daß die Leserwelt den Neuesten Nachrichten entgegenbringt" u. s. — Statt sich über dieses zweideutige Renommee, Vermittlerin der ehelichen Prostitution zu sein, zu schämen, prahlen die Neuesten Nachrichten noch damit. — Wie naiv!

-st- **Wegen Majestätsbeleidigung,** die er in einer Schenkwirtschaft in Zaukerode in Anwesenheit verschiedener Bergarbeiter begangen haben soll, wurde der Arbeiter Max Richard Ernst Rudolph heute vom Landgericht in geheimer Verhandlung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Genosse Maurer Hartwig** wurde gestern nachmittag unter zahlreicher Beteiligung, besonders von Bauarbeitern, zur letzten Ruhestätte gebracht. Die zahlreichen Kränze vom Verband der Maurer, von den Ortsgruppen des 4., 5. und 6. Kreises, von den Bauarbeitern usw., bewiesen, daß er wegen seines Eifers für die Förderung beinahe der Bauarbeiterbewegung geschätzt war. Die Berliner Maurer und Genosse Hotter, hier noch bekannt aus dem Streikprozeß während des Maurerstreiks vor einigen Jahren, gaben telegraphisch Anweisung, in ihrem Namen Kränze niederzulegen. — Genosse Hartwig war schon längere Zeit leidend, sollte sich aber nicht abhalten lassen, für den Maurerverband verschiedentlich längere Agitationsreisen zu übernehmen. Am Tage vor seiner Wahl zum Gauvorsteher im Maurerverband wurde Hartwig von einem Blutsturz befallen, von dem er sich nicht wieder erholte. Sein Andenken wird von seinen Kollegen und Genossen in Ehren gehalten werden. Er war einer von denen, die gewissermaßen bis zum letzten Atemzuge für die Arbeiterbewegung kämpften.

**Maurer!** Beim Bauunternehmer, Tischler- und Kapellmeister Rieger in der Eisenbuckstraße haben gestern die Maurer die Arbeit niedergelegt. Er wollte den Bau in Akkord vergeben und noch dazu für einen Preis von 5,80 M. pro 1000 Ziegel. Es sollen aber nicht die sonst üblichen Ziegel vermauert werden, sondern **Eisenziegel** in den Fronten und Mittelmauern, so daß die Löcher mit Schaum ausgefüllt werden müssen. Auch sogenannte Flachen und Dreiviertel-Eisenziegel sind darunter. Mit diesem Material, das sonst für solche Arbeiten verboten ist, soll das Kellergeschoß zu teuer geworden sein. Die Maurer möchten sich das nun an den Knochen abschinden, was der zu ihr ausgeworfene Grund usw. zu viel gekostet hat. Das sind die Verbandsmitglieder nicht gewillt und erwarten Solidarität von den übrigen Kollegen.

**Die „Richter aus dem Volke".** Als Hauptgeschworene für die sechste dreiwöchige Sitzungsperiode des Schwurgerichts zu Dresden sind bestimmt: Oberrichter Huldreich Enders in Zschewig, Handelsgärtner Hermann Friedrich Traugott Helbig in Laubegast, Rentner Gustav Emil Barth in Dresden, Rittergutsbesitzer Max Arthur Findeisen in Porschütz bei Meißen, Fabrik-, Molkerei- und Gutsbesitzer Kommerzienrat Paul Gustav Leander Pfund in Dresden, Rittergutsbesitzer Georg v. Pflugk in Tiefenau bei Großenhain, Rittergutsbesitzer Max Beyer in Dresden, Rittergutsbesitzer Baron Moritz v. Cornberg in Vangenhennersdorf bei Königstein, Gutsbesitzer Ernst Hugo Brunewitz in Luga bei Krögis, Freiherr Adolf v. Rauschenplat in Dresden, Rittergutspächter Klemens Keller in Baydorf bei Meißen, Kaufmann Karl August Adam in Dresden, Gemeindevorstand, Friedensrichter, Standesbeamter und Zimmermeister Heinrich Lange in Weißig bei Weißer Hirsch, Braunkohlenbesitzer Emmerich Konig in Kötschenbroda, Privatmann Franz Johann Anton v. Palfiring in Kötitz bei Meißen, Rentner Gustav Viktor Feistner in Radebeul, Ingenieur Franz Salisch in Dresden, Oberrichter und privatisierender Kaufmann Franz Rothe in Radebeul, Gemeindevorstand Moritz Hensler in Meßlerdorf bei Wilsdruff, privatisierender Apotheker Friedrich Ferdinand Weckel in Plauen, Rentner Gustav Robert Leistner in Großenhain, Kaufmann Johannes Adamis in Dresden, Oberleutnant z. T. Arthur v. Hanak in Dresden, Kaufmann Alfred Heinrich Hänsel in Dresden, Gutsbesitzer Moritz Otto Schmidt in Großenhain, Gemeindevorstand Wilhelm Moritz Klängel in Weißig, Kaufmann Charles Herm. Nickelsburg in Plauen, Apotheker Friedrich Gustav Stresemann in Dresden, Privatgelehrter Hans Erwin Contius in Dresden und Arzt Dr. med. Wilhelm Opitz in Dresden. — Die Verhandlungen dürften unter dem Vorsitze des Herrn Landgerichtsdirektor Abee stattfinden.

**Wie Herr Kommerzienrat Naumann zu einer Anklage wegen Beleidigung kam.** Vor einigen Jahren — der genaue Zeitpunkt tut nichts zur Sache — kam ein Herr Huster aus Berlin, der Sohn eines reichen Mannes, nach hier und nahm dauernden Wohnsitz. Er hatte in Berlin ein armes Mädchen kennen gelernt und gegen den Willen der Angehörigen geheiratet. Zu diesen Angehörigen gehört auch der Privatus Siegmund Jonas in Wilmersdorf bei Berlin als Schwager H.s, nach dessen Ansicht sich sein Schwager in den Kreisen der Berliner besseren Gesellschaft durch seine Heirat unmöglich gemacht hatte. Nach dem Tode des Vaters war dem Sohne ein beträchtlicher Teil des Vermögens und die gesamte Einrichtung, darunter wertvolles Mobiliar, Bilder und dergleichen zugefallen, letztere Wertobjekte jedoch mit der Klausel, daß bei etwaigem Tode des Sohnes H.s diese wieder an die übrigen direkten Verwandten auszufolgen seien resp. der Familie erhalten bleiben — also auch nicht veräußert werden dürften. Aus den testamentarischen Bestimmungen glaubte J. weiter entnehmen zu können, daß im Falle des Ablebens H. jun. dessen Frau selbst vom Anerbenrecht auszuschließen sei, insbesondere um deswillen, da H. schon bei Lebzeiten seines Vaters 165 (!!!) M. zwar als Darlehen erhalten habe, diese sich aber als eine Vorabfindung tatsächlich darstellten und die übrigen Geschwister, darunter die Frau J.s, um den auf sie entfallenden Teil dieser Summe benachteiligt seien.

Anläßlich eines Kuraufenthaltes in Meerane ist nun Huster gestorben, und da seine Frau durch den plötzlich erfolgten Tod für den Moment plötzlich außer Fassung war, hat sich Kommerzienrat Naumann, der dort mit den H.s aus Anlaß ihm erwiesener Gefälligkeiten bekannt geworden sein will, herbeigelassen, der Witwe beizustehen, indem er zunächst an J. den erfolgten Tod seines Schwagers telegraphisch meldete. Darauf hat J. das Vermögen seines Schwagers auf der Dresdner Bank sperren lassen. Da nun auch sämtliches disponible Vorgeld, sowie die Schmucksachen der Witwe H. auf der Bank sich in Gewahrsam befanden, geriet diese für den Augenblick in eine finanziell prekäre Lage, der wiederum Kommerzienrat Naumann mit einem Darlehn von 300 M. für den Moment abhalf und sich auch erboten haben soll, erforderlichenfalls die Einrichtung anzukaufen. Erschien schon diese ostentative Teilnahme an dem Mißgeschick der Frau H. einigermaßen befremdend, so kam noch eine weitere Tatsache hinzu, die unbedingt auffällig erscheinen muß. In den nun folgenden Streitigkeiten zwischen der Frau H. und ihrem Schwager hat der Herr Kommerzienrat direkt die Rolle des Anwalts aus moralischen Gründen gespielt und in einem Briefe vom 29. August dem Privatus Jonas beleidigt. Er bezeichnet darin dessen Verhalten gegenüber seiner Schwägerin als schamlos und wirft ihm vor, er wolle der Witwe in ungerechter Weise das vorenthalten — was ihr von Gott und Rechts wegen gehöre. Dadurch fühlte sich Herr Jonas beleidigt und verklagte kurzerhand den Herrn Kommerzienrat beim Schöffengericht. Der Vergleichsversuch scheiterte, weil der Vertreter des Klägers 2000 M. Buße und Erstattung sämtlicher Kosten einschließlich 500 M. Honorar für den klägerischen Rechtsanwalt forderte. Die Beleidigung wird auch als erwiesen angesehen und der Beklagte zu einer Geldstrafe von 150 M. und Erstattung der dem Kläger erwachsenen notwendigen Lebensauslagen verurteilt. Der Beklagte war selbstredend nicht zur Verhandlung anwesend.

Auffällig muß, wie gesagt, die Art erscheinen, mit der der Standesherr von Königsbrück sich für die schöne Witwe, die für ihn doch nur eine flüchtige Badebekanntschaft darstellt, ins Zeug legte. Hinzugefügt kann noch werden, daß der Frau H. für den Verzicht auf jede Einsprache eine jährliche Rente von 12000 Mark seitens der Verwandten angeboten, von ihr aber nicht akzeptiert wurde.

**Geld stinkt nicht!** Etwas spanisch mutet uns ein Inserat der Neuesten Nachrichten an, das uns ein Freund unseres Blattes einsendet. Es lautet:

**Heirats-Gesuch.**
7 Herren, Anf. 30er, such.
zwecks spät. Heirat die Bek.
zweier netter, lebhaft. Frl.
Off. mögl. m. Bild unter. . .
. . . . . hauptpostl.

Es ist ja von den sieben Herren sehr nett, daß sie sich bescheidenerweise mit zwei weiblichen Wesen begnügen wollen. Da aber in Deutschland bis auf weiteres — wenigstens gesetzlich — die Polyandrie (Vielmännerei) noch nicht gestattet ist, so dürfte ihnen auch die Insertion auf dem „Fleischmarkt" der Neuesten Nachrichten nicht viel nützen. Schamlos ist es freilich von diesem Annoncen-Papier zur Förderung der politischen und moralischen Verunreinigung und Gesinnungslosigkeit, daß es solche Annoncen aufnimmt. Indes: Geld stinkt nicht!

**Die Versetzung des Neptunbrunnens.** Der Rat hat in seiner letzten Sitzung die Anfrage der Stadtverordneten wegen Versetzung des im Parke des Friedrichstädter Krankenhauses befindlichen Neptunbrunnens in ablehnender Weise beantwortet, da nach letztgegebenen sachverständigen Gutachten die Versetzung sich nur mit erheblichem Kostenaufwande würde durchführen lassen und infolge der notwendigen Erneuerung zahlreicher Einzelteile einer Neubildung nahezu gleichkommen würde. Der Rat weist jedoch dabei nochmals darauf hin, daß er durch die mit Mitteln der Dr. Gumpschen Stiftung jetzt in Arbeit befindliche Abformung des Kunstwerkes in Gips für alle Zeit die Möglichkeit gewahrt habe, den Brunnen entweder nach Zerstörung einzelner Teile genau in früherer Weise auszubessern oder ihn völlig neu an anderer Stelle zu errichten.

**Erschossen** wurde in der Nähe der Baumwiese am Sonntag ein seit mehreren Tagen vermißter Dresdner Geschäftsmann aufgefunden. Er soll die That in einem Anfall von Schwermut begangen haben.

**Vermischte Nachrichten.** Am 21. d. M. ist wiederum eine 18 Jahre alte Frauensperson, die Arbeiterin Martha Mahlo, festgenommen worden, weil sie in der Zeit vom 15. d. M. ab in der Neustadt, der Johann- und Seevorstadt Kindern, die von ihren Eltern zum Einkauf von Waren geschickt worden waren, das ihnen mitgegebene Geld oder die von diesem Geld bereits gekauften Waren abgenommen hat. Außer den hier auf Grund erhaltener Anzeige bekannten Fällen hat die Täterin noch 6 Fälle zugestanden, über die Anzeigen noch nicht erstattet worden sind, und zwar handelt es sich um zwei Straftaten, die sie in der Pfotenhauerstraße und je eine, die sie in der Schweizer Straße, Oppellstraße und Am See verübt hat. Einem Kinde hat sie in der Pfotenhauerstraße ein halbes Brot, einem andern in der Schweizer Straße ein halbes Pfund Fleisch und ein Stück Talg, den übrigen nur Geld abgenommen. Die in den vorbezeichneten Fällen, sowie die eventuell außerdem noch Geschädigten werden ersucht, sich zu C. III. 216 bei der Kriminalabteilung zu melden. — Der Gewinner des Haupttreffers der Teichener Ausstellungslotterie, Serie 13, Nr. 77 (Herren Zimmer) hat sich noch nicht gemeldet. Die Abholungsfrist läuft am 27. Dezember ab.

**Polizeibericht.** Letzten Sonnabend stürzte in einem Grundstückshof auf der Kleinen Packhofstraße ein Kutscher von seinem Wagen, auf den er eine schwere Kiste verladen wollte. Dabei erlitt er einen Oberschenkelbruch und eine Quetschung der Brust.

Auf einem Tanzsaal in der Friedrichstadt wurde vergangene Nacht eine Frau von einem Schlaganfall betroffen und starb nach kurzer Zeit.

Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, die im Polizeibericht vom 22. d. M. erwähnten Einmieterbetrügerinnen Bickmann und Müller zu ermitteln und festzunehmen. In sechs Fällen konnte ihnen die Täterschaft nachgewiesen werden.

**Versammlungskalender für Mittwoch.**

Konsumverein f. Löbtau u. Umg. Abends 8 Uhr General-Versammlung im Gambrinus-Saale, Löbtauer Straße.

Schmiede von Dresden u. Umg. Abends 8 Uhr Stiftungs-Fest in den Räumen des Trianons.

## Soziales.

**Wirkungen der Krisis.** Im vergangenen Jahre ist auch der Verkehr in den Herbergen zur Heimat ein ganz außergewöhnlich großer gewesen. 2 690 652 Reisende haben im Laufe des einen Jahres diese Herbergen aufgesucht und zwar für 3 500 251 Nächte. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von rund 25 Proz., während das Jahr 1900 eine Zunahme von nur rund 6 Proz. aufwies. Sogar das Organ des Deutschen Herbergsvereins muß diese auffallende Erscheinung als Folge des „andauernden wirtschaftlichen Rückganges" anerkennen. Bezeichnend ist ferner, daß am meisten die Zahl der mittellosen Reisenden zugenommen hat. Die Zahl der Fälle, in denen mittellose Reisende in den Herbergen zur Heimat eine Unterkunft gefunden haben, ist um 57,5 Proz. gestiegen, die Zahl der Fälle dagegen, in denen selbstzahlende Reisende dort übernachtet haben, hat eine Steigerung von nur 12,92 Proz. erfahren, also nur ⅓ des vorigen Satzes. Nicht weniger als 750 057 mittellose Personen haben in dem einen einzigen Jahre ein Nachtlager in den Herbergen zur Heimat erbetteln müssen. Welch eine Fülle von Jammer und Schmach!

Mit diesen Herbergen sind Arbeitsnachweise verbunden, die aber in dem letzten Jahre weniger als je die arbeitsuchenden Arbeiter unterbringen konnten. Sie haben in Arbeit gebracht 708 605 Personen, 17 284 weniger als im Vorjahre, obgleich der Andrang der arbeitslosen Arbeiter viel größer war. Dies ist das ungünstigste Resultat seit vielen Jahren. — Auch in der ersten Hälfte des laufenden Jahres sind die Verhältnisse auch nicht besser geworden.

## Gerichts-Zeitung.

### Militärgericht.

Z. **Eine blutige Schlägerei** zwischen Zivilpersonen und Soldaten spielte sich am Abend des 8. August in Kamenz ab. Anläßlich Königs Geburtstag hatten die Soldaten freien Tag. Der 22 Jahre alte Soldat Wladislaus Kurczenowski von der 6. Kompagnie des 13. Inf.-Reg. Nr. 178 kam am Abend mit einem Kameraden aus einem Lokal und wollte nach der Kaserne gehen, als der Töpfer Mirschel auf ihn zustürzte und ihm wegen eines geringfügigen Anlasses Vorhaltungen machte. Mirschel hatte sich aber in der Person geirrt; ehe er diesen Irrtum aber bemerkte, war es schon zwischen beiden zu Thätlichkeiten gekommen. Der Zivilist schlug auf seinen Gegner mit einem Schlüssel ein, so daß diesem der Helm vom Kopfe fiel, worauf der Soldat sein Seitengewehr zog und ihm damit einen Hieb über den Kopf versetzte. Mit welcher Wucht der Schlag geführt worden war, geht am besten daraus hervor, daß der Säbel gleich in mehrere Stücke zerbrach. Mirschel trug eine breite, klaffende Wunde davon, die zweimal genäht werden mußte. Seine Wiederherstellung nahm mehrere Wochen in Anspruch. Gestern mußte sich Kurczenowski, der inzwischen zur Reserve entlassen worden ist, vor dem Kriegsgericht der 3. Division Nr. 32 wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten; er behauptet, der angeklagte Teil gewesen zu sein. Das Gericht war der Ansicht, daß Angeklagter nicht über die Grenzen der Notwehr hinausgegangen sei und erkannte deshalb auf **Freisprechung.**

### Schöffengericht.

-st- **Der verantwortliche Redakteur Herrlein von der Deutschen Wacht** war angeklagt, eine ihm zugesandte Berichtigung nicht schnell genug veröffentlicht zu haben. In der Verhandlung wird indes festgestellt, daß wohl die Berichtigung am 26. Juni abgesandt, am 7. Juli jedoch erst in die Hände Herrleins gekommen ist. Da die Veröffentlichung dann am 9. Juli erfolgt ist und das Gericht der Ansicht war, daß die Zeit von zwei Tagen für die Veröffentlichung einer Berichtigung als keine übermäßig lange angesehen werden könne, wurde Herrlein kostenlos freigesprochen. Nur die Kosten für seinen Rechtsanwalt muß er bezahlen, weil er in diesem leichten Falle sich hätte auch selbst verteidigen können.

## Versammlungen.

**Metallarbeiter.** Am 11. Oktober fand in der Deutschen Eiche in Striesen eine sehr stark besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Redakteur Block über die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung. Redner konstatiert, daß die jetzige Krise den Gewerkschaften keinen Rückgang gebracht habe, wie die früheren, sondern daß sie an Mitgliederzahl und an Festigkeit gewonnen haben, schildert die früheren Krisen, die Kämpfe um die Beitragshöhe und schließlich die Stellung des Staates und drückt zum Schluß die Ueberzeugung aus, daß die Gewerkschaften auf dem besten Wege sind, sich Anerkennung zu erkämpfen. Dem Vortrage folgte reicher Beifall. Zum zweiten Punkt: Mißstände in der Fabrik von Ermemann sprach Kollege Hoffmann und unterzog an der Hand seines reichhaltigen Materials die dort herrschenden Verhältnisse einer scharfen Kritik. Die Metallindustriellen scheinen überall die Krise zu benutzen, um neue Abzüge zu machen. Die Oeffentlichkeit muß sich mit diesen Sachen einmal befassen. Hier müssen sich besonders die Mechaniker rühren, da dieselben auf jede Weise gedrückt werden. Die Lohnkürzungen bringen es mit sich, daß nicht mehr die nötige Sorgfalt auf die Arbeit verwendet wird, wodurch wieder andere Arbeiter geschädigt werden. Ganz besonders haben darunter die Tischler zu leiden, so daß sogar schon die Leitung der Tischlerabteilung gezwungen war, gegen die Leitung der Mechaniker Front zu machen. Alles Vergehen der Arbeiter hat hier nichts geholfen; heute ist sogar vom Direktor von der Kommission verlangt worden, sie solle den letzten Artikel in der Zeitung widerrufen. Das Auftreten des Unterzeichneten Werner muß gerügt werden. Die folgenden Beispiele werden Bildung und Fähigkeiten dieses Mannes näher beleuchten. Vor allen Dingen ist da die Kalkulation der Akkordpreise. Man muß sich wundern, daß sich die Fabrikleitung nicht um diese Wirtschaft kümmert. Einige Beispiele

---

muß denjenigen, die ihm künstlerische Genüsse bieten, auch ihre Arbeit nicht unnötig erschweren. Es ist kein Vergnügen, im raucherfüllten Saale zu singen, und man darf sich nicht wundern, wenn einem Sänger dann einmal der Ton umschlägt. Im Interesse der Ausführenden sei also auch an dieser Stelle für künftige Fälle die dringende Bitte ausgesprochen: „Nicht rauchen!" -a-

**Das Schaufenster als Erzieher.** In den Schaufenstern der Kunsthandlung von Max Sinz in der Prager Straße werden seit in wechselnden Serien dem Publikum Kunstblätter vor Augen gestellt, deren jedes resp. jede abgeschlossene Sammlung entsprechend bezeichnet ist und so dem Beschauer ermöglicht, den Unterschied zwischen Kupferstich, Kupferätzung (Gravüre), Radierung, Stemritzung (Linienradiert), Schabkunstblatt, Holzschnitt usw. kennen zu lernen. Das ist ein sehr dankenswerter Einfall. Er wird anschaulich mit den neuen Bestrebungen, die Schaufenster systematisch zu erzieherischen Mitteln zu gestalten, in Verbindung gebracht.

**Zur Ausweisung des russischen Musikkritikers Bernstein** geht dem Berliner Tageblatt vom Berliner Polizeipräsidium folgende Mitteilung zu: „Die in der Freitags-Nummer des Vorwärts enthaltene und von einem Teil der Tagespresse übernommene Mitteilung, daß der im Februar d. J. angeordneten Ausweisung des russischen Staatsangehörigen Colla Bernstein aus Preußen ein Gesuch des dortigen Musikkritikers die Veranlassung gegeben habe, ist unwahr. Ein solches Gesuch ist beim Polizeipräsidium nie mals eingegangen."

Der Vorwärts kommt zu dem Resultat, daß allem Anschein nach der Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Kunst den ihm von Herrn Bernstein gemachten Mitteilungen Glauben geschenkt habe, ohne die notwendig gewesene Prüfung dieser Mitteilungen vorzunehmen. Das ist ein sehr argen Fehler. Die Ausweisung Bernsteins bleibt aber trotzdem eine Sache, die den schärfsten Angriff verdient.

**Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft.** Entgegen der fast allgemein anerkannten Axiomatik, daß die eigentlichen Phänomene des Lebens, besonders die Bewegung der Organismen, durch eine besondere, in der toten Natur bisher nicht vorhandene Energieform zu erklären seien, bringt Professor P. J. Lermantow in seinem kürzlich über diesen Punkt geschriebenen Buch ganz neue Gesichtspunkte bei. Er hält sich zunächst an das Problem der tierischen Bewegung und sagt, daß der Mechanismus der Bewegung auf die Kräfte der Oberflächenspannung kleinster Elemente zurückgeführt werden müsse; die in den Muskeln wirksame Formenenergie stammt aus der Kraft der Oberflächenspannung der in ihnen enthaltenen verschiedenartigen Substanzen. Diese Hypothese von der Oberflächenspannung liefe fort, und das ist der große Vorzug der neuen, von Lermantow geäußerten Ansicht, ohne weiteres mit anderen naturwissenschaftlichen Erkenntnisdaten vereinigen.

W. v. Baußnern hat auf Anregung des Herzog Kammersängers Karl Scheidemantel eine große Gesangsszene für Partitur und Orchester geschrieben. Herr Scheidemantel wird diese Komposition zum erstenmal in den Abonnementskonzerten am 26. November in Mainz und am 28. November in Wiesbaden aus dem Manuskript zum Vortrag bringen.

Zu Wilhelm Hauffs 100. Geburtstage am 29. November d. J. veröffentlicht Dr. Hans Hofmann eine nach neuen Quellen bearbeitete Biographie desselben mit einer Sammlung seiner Briefe und einer Auswahl des bisher unveröffentlichten poetischen und litterarischen Nachlasses. Das Buch erscheint im Verlage von Moritz Diesterweg in Frankfurt a. M.

**Vom Büchermarkt.** Vom Süd. Postillon versendet der Verlag M. Ernst in München soeben die neue Nummer 22: das herrliche Titelbild nennt sich Eine Audienz. Der Zeitch-König ist eine klassische Figur vornehmer Einbildung. Das Schlußbild Der Schlitarff von M. Engert erzeugt ein gelindes Gruseln ob der Zukunft des deutschen Michels. Der greulichen Ungetüme sind zu viele, denen der gute Michel direkt in den Rachen fällt. Der Inhalt geißelt die jüngsten Ereignisse. Die fünfte Seite zeigt ein diabolisches Gesellschaftsbild von H. S.: Fatale Aehnlichkeit usw. Die Nummer ist interessant und gut gelungen, deshalb auch bestens zu empfehlen.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 4. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine verkehrte Welt. — Jakob Frank. Von Ignaz Auer. — Zur Lage des Sozialismus in Frankreich. Von B. Kritschewsky. — Die Eisenbahner Oesterreichs und Deutschlands. Von Franz Heger. — Der notleidende Bauer. Von August Rasch. — Literarische Rundschau: Dr. Joseph Grunzel, Ueber Kartelle. Von H. Cunow. Edward Vaillant, La législation ouvrière et l'hygiène. — Notizen: Ueber Industrie und industrielle Arbeiterschaft in Britisch-Indien.

**Heiteres.** Bissig. Schriftstellerin (nachdem sie ihre Manuskripte vorgelesen): „Und was halten Sie für mein bedeutendstes Werk?"

Kritiker: „Jedenfalls — Ihr Mundwerk."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021028/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] Mechaniker mit [illegible] Pf. Stunden-lohn erhielt einen Akkord von [illegible] Pf., an dem er [illegible] Stunde [illegible] Pf. verdienen konnte. Ein anderer Akkord, der von 4 M. halbiert worden, wurde [illegible] M. erhöht, wurde der Arbeiter mit auf [illegible] Lohn. Ein anderer Mechaniker erhielt Prämienlohn, wenn [illegible] Stunden [illegible] Kegler [illegible] M. [illegible] Als [illegible] Werner nach nicht [illegible] Tagen [illegible] Akkord [illegible] unterbrochen [illegible] wurde, [illegible] er [illegible] M. [illegible] Der Arbeiter hat [illegible] nicht [illegible] können, weil er von den Herren Kegler und Werner [illegible] wurde und ab schließlich [illegible] Der Lohn betrug [illegible] und die Arbeit hat [illegible] M. [illegible] Werner reklamierte [illegible] aber noch, daß er [illegible] nachrechnen wolle, worauf der Arbeiter entlassen und das Gewerbegericht [illegible] wurde. Es [illegible] sich [illegible] die Akkorde nicht gleich [illegible] werden, aber das [illegible] nach [illegible] Arbeiten [illegible] werden [illegible] Ein [illegible] Mechaniker [illegible] eine Arbeit [illegible] Lohn [illegible] 28 Pf. pro Stunde, [illegible] er [illegible] nach Werners Angabe [illegible] 10 Stunden [illegible] wurde [illegible] Wenn er für 28 Pf. arbeiten sollte, wollte er [illegible] wissen, [illegible] der Betriebsrat [illegible] Werner [illegible] Antwort [illegible] Der Meister [illegible] 100 Werkstücken [illegible] 28 Pf. [illegible] Wenn ein Arbeiter 10 Stunden [illegible] Stunde [illegible] Stunden [illegible] Stunden [illegible] Stunden